

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Wochenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 69, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berlin und Angerstrasse 11
Geschäftszeit 6-5 Uhr

Verleger: Buchverlag G. M. G.
Berlin SW. 69, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschnationale Verantwortung.

Loyalne Paktauslegung.

Nachdem das Vertragswerk von Locarno, gleichzeitig die französischen Ostverträge, der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, wissen die Deutschnationalen, was sie zu verantworten haben. Die Öffentlichkeit weiß es auch. Nun ist es zu Ende mit Vorbehalten und bedingten Urteilen, jetzt heißt es prüfen und entscheiden.

Die Prüfung der Verträge durch die deutschnationale Presse hat im allgemeinen zu der Note: „völlig ungenügend“ geführt. Das ist das Werturteil der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuzzeitung“. Der „Volksanzeiger“ ist etwas zurückhaltender; er sieht immerhin die bedingte Möglichkeit, über die schweren Bedenken vom deutschnationalen Standpunkt aus hinwegzukommen. Die „Deutsche Zeitung“ lehnt unbedingt ab, sie spricht von „restloser Selbstausgabe, Würdelosigkeit, Erbarmlichkeit und Willensunfreiheit, Mißbrauch des Vertrauens des Kabinetts durch die Unterhändler.“

Aus diesen Werturteilen zieht nun die „Deutsche Zeitung“ politische Schlussfolgerungen. Die eigentliche deutschnationale Parteipresse vermeidet eine exakte Stellungnahme zu der Frage, ob die Deutschnationalen die Verantwortung für das Vertragswerk übernehmen wollen und können. Sie fürchtet sich, der Frage der Verantwortung ins Gesicht zu sehen. Sie hofft auf Zeitgewinn, auf Verschiebung der Entscheidung. Wie sie sich das vorstellt, zeigt klar die „Kreuzzeitung“:

„Der erste Akt wäre die Paraphierung der Verträge, der zweite die endgültige Unterzeichnung in London, der dritte die Ratifizierung und der vierte ihr Inkrafttreten, indem Deutschland Mitglied des Völkerbundes wird. Ein langer Weg, der noch zu durchschreiten ist. Erhebliche diplomatische Kämpfe stehen noch bevor. Endgültig abschließend wird man erst urteilen können, wenn man weiß, ob und wie weit die Gegenseite in der Zeit bis Ende November sich bereit gezeigt hat, den deutschen Forderungen nachzukommen.“

Man fürchtet sich, freimütig die Verantwortung zu übernehmen, man will den Weg zögernd gehen, man will sich schleifen lassen. Man will gleichzeitig die Größe der Verantwortung verbergen.

Zu diesem Zweck gibt die deutschnationale Presse wie auf Befehl dem Artikel 1 des Rheinpaktes eine Auslegung, die den Verzicht auf Elsaß-Lothringen verbergen soll. Wir geben diese Auslegung in der Fassung der „Deutschen Tageszeitung“ wieder:

„Der Charakter eines Verzichts auf deutsches Land wird man aus dem einschlägigen Wortlaut des Westpaks wenigstens bei lokaler Auslegung nicht herauslesen können. Denn die Aufrechterhaltung des Status quo im Westen wie die Unverletzlichkeit der dort durch das Diktat von Versailles hergestellten Grenzen wird nicht an und für sich, sondern nur in der durch die einzelnen Artikel des Paktes bestimmten Weise garantiert. Das bedeutet eine Einschränkung, die rein juristisch wohl als ausschlaggebend gelten kann.“

Diese Auslegung ist nicht nur loyal. Sie wird in der ganzen Welt ein schallendes Gelächter hervorrufen. Warum sich selbst und das deutsche Volk so über die Wahrheit

hinwegtäuschen? Diese loyalne Parteauslegung ist unwahrhaftig und unwürdig. Die Furcht der Deutschnationalen, die Verantwortung für den Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu übernehmen, ist verständlich. Aber das Bemühen, ihre innere Situation zu erleichtern, darf nicht auf Kosten der Wahrheit und der Loyalität gehen.

Frankreichs Ostverträge.

Ein dunkler Punkt.

Der „Vorwärts“ war heute morgen als einziges deutsches Blatt in der Lage, neben den übrigen Dokumenten von Locarno auch den Inhalt der Verträge mitteilen zu können, die Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei geschlossen hat. Wie es kam, daß diese Nachricht den andern Zeitungen vorenthalten blieb, ist ein noch ungeklärtes Rätsel der Berichterstattung. Sicher ist nur soviel, daß es unmöglich ist, vom Ganzen der Vertragswerke eine richtige Vorstellung zu gewinnen, wenn man diese wichtigen Verträge nicht kennt.

Ursprünglich war, wie schon bekannt, geplant gewesen, daß Frankreich ebenso die Garantie für die Ostverträge übernehmen sollte, wie England für den Westpakt. Die deutsche Delegation hat diesen Plan aus naheliegenden Gründen bekämpft. Was aber jetzt herausgekommen ist, ist nicht besser, sondern schlechter. England und das später mitgetretene Italien haben die Garantienpflicht nach beiden Seiten hin übernommen, sie sind ebenso verpflichtet, Deutschland vor französischen Vertragsverletzungen zu schützen wie Frankreich vor deutschen. Diese Doppelpflicht und Unparteilichkeit wird von deutscher Seite mit Recht als ein großer Fortschritt empfunden, weil jetzt England-Italien nicht mehr als Allierte und Mitspieler neben Frankreich, sondern als Unparteiliche zwischen Frankreich und Deutschland stehen.

Wie aber ist die Sache mit Frankreich? Frankreich hat sich durch die Ostverträge für den Fall der Vertragsverletzung an Polen und die Tschechoslowakei zur Hilfeleistung gegen Deutschland verpflichtet. Umgekehrt hat es sich aber zur Hilfeleistung an Deutschland gegen Polen und die Tschechoslowakei nicht verpflichtet. Frankreich ist somit Garant der zwischen Deutschland einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits geschlossenen Verträge, aber nicht unparteilicher, sondern einseitiger Garant gegenüber jenen beiden Staaten.

Man hat gesagt, daß man nach Locarno von „Alliierten“ im Sinne des Vertrags von Versailles nicht mehr sprechen könne. Das trifft zu auf Frankreich-England-Italien, es trifft aber nicht zu auf Frankreich-Polen-Tschechoslowakei. Frankreich übernimmt Polen und der Tschechoslowakei gegenüber stärkere Verpflichtungen als Deutschland gegenüber. Das Gleichgewicht des Vertragswerks von Locarno, das sonst keine Alliierten kennt, erleidet dadurch eine empfindliche Störung.

War eine solche Entwicklung der Dinge nicht zu verhindern, so wäre es vielleicht besser gewesen, sich mit der offiziellen Garantie Frankreichs für die Ostverträge abzufinden. Von der ferneren Entwicklung muß erwartet werden, daß sie eines Tages auch einen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich über den Osten bringt, der das gestörte Gleichgewicht wiederherstellt.

wünscheln zu dem guten Ausgang der Konferenz von Locarno. Briand erklärte, er erwidere die Glückwünsche der deutschen Regierung und hoffe, Botschafter v. Hoelsch in einigen Tagen sprechen zu können. Als Briand und Chamberlain den Bahnsteig verließen, wurden sie von der im Bahnhof anwesenden Volksmenge mit Vive la paix empfangen. Dieser Ruf pflanzte sich bis auf die Straßen fort, wo eine zahlreiche Volksmenge die Ankunft der Minister erwartete.

Der Widerhall im „Herzen der Völker“.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In seinen Erklärungen gegenüber der Pariser Presse gab Chamberlain am Montag einen Rückblick auf die internationale Lage in dem Zeitpunkt, da er die Leitung der englischen Außenpolitik übernahm. Damals habe noch die vergiftete Atmosphäre des Krieges die Beziehungen zwischen den Mächten beherrscht. Immerhin aber habe man schon die Erkenntnis gewonnen gehabt, daß Europa, wenn es nicht gelänge, diesen Zustand zu überwinden, in kürzester Zeit neuen furchtbaren Katastrophen entgegenzudriften müsse. Diese Erkenntnis sei es gewesen, die die Verhandlungen von Locarno beherrscht habe. Alle Delegationen seien von dem gleichen Verantwortungsgefühl erfüllt gewesen, und keine habe der anderen Bedingungen und Forderungen gestellt, deren Erfüllung auf unüberwindliche Schwierigkeiten hätte stoßen können. Die Einigung erfolgte im Vertrauen auf die glücklichen politischen und wirtschaftspolitischen Folgen, die die durch den Abschluß der Verträge herbeigeführte Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten auszulösen bestimmt sei. Das Ausmaß des glücklichen Ausganges der Verhandlungen von Locarno werde in erster Linie bestimmt durch den Widerhall, den die Verträge im Herzen der Völker finden würden; denn nicht auf die formale Ratifikation der geschlossenen Verträge durch die Regierungen und Parlamente, sondern auf die Zustimmung der Völker selbst komme es an.

Amerikas Gewerkschaften.

Freundschaft mit Deutschland, Ablehnung der englischen Entwicklung.

Von Kurt Heilig.

Atlantic City, Mitte Oktober.

Der 45. Jahrestag der American Federation of Labor hat mehr Bedeutung als die einer Jahreszusammenkunft. Zum ersten Male seit ihrer Gründung steht ein neuer Führer an der Spitze. Samuel Gompers ist seit dem vorjährigen Kongress verstorben. Green, sein Nachfolger, kommt aus der Bergarbeiterbewegung. Der neue Führer hat wichtige innere Aufgaben vor sich, zugleich damit ist die auswärtige Politik der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, ihre Stellung zu den Gewerkschaftsbewegungen anderer, und im besonderen europäischer Länder entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen zu gestalten. Schon äußerlich kam hier in Atlantic City diese Situation zum Ausdruck. Es sind fünfzehn deutsche Gewerkschaftler und Volkswirtschaftler in den Vereinigten Staaten, um die hiesigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu studieren. Nach einem Besuch im Hauptquartier der Federation of Labor in Washington — der zu herzlichen Freundschaften führte — und einem Empfang beim Präsidenten Coolidge, sind sie familiär zum Kongress gekommen. Neben ihnen ist Purcell, der Vorsitzende des englischen Trade-Union-Kongresses und der Amsterdamer Internationale, zum Kongress gekommen, weiter sind Vertreter der kanadischen und der mexikanischen Gewerkschaftsbünde anwesend.

Die Begrüßung der deutschen Gewerkschaftler durch den amerikanischen Gewerkschaftskongress mochte man noch als aufmerksame Höflichkeit auffassen, die Art aber, in der ihr Sprecher, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Tarnow, von den Delegierten begrüßt und nach seiner Rede applaudiert wurde, das war mehr, das war Zustimmung und Widerhall. Tarnow sprach deutsch, nur ein kleiner Teil der Kongressbesucher verstand, was er über die hinter unseren Gewerkschaften liegenden Schwierigkeiten, über ihren derzeitigen Wiederaufbau und ihre geistige Einstellung sagte, aber Wendel vom Deutschen Holzarbeiterverband übersehte seine Rede nicht nur äußerlich, sondern in allen ihren Feinheiten, so vermochten die Amerikaner der Rede des Vertreters der deutschen Arbeiterbewegung in allen ihren Einzelheiten zu folgen. Das führte zu außerordentlicher Beachtung und zu sich immer wiederholender Zustimmung.

Der Präsident Green, ein temperamentvoller, freisprechender Redner, antwortete mit einer Unterbrechung: Da die Prinzipien der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesund gewesen seien, da sie an ihren alten Grundtönen festgehalten habe, deswegen sei sie sieghaft geblieben. Im übrigen betonte er nochmals, daß den deutschen brüderlichen Freunden in den ganzen Vereinigten Staaten alle der Federation angeschlossenen Verbände, deren Zentralen, Sekretariate und Ortsverwaltungen für sie und ihre Studien offen ständen, überall werde man sie herzlich aufnehmen, und in jeder Hinsicht unterstützen. Das waren keine Redensarten, dies geht schon daraus hervor, daß eine ganze Reihe der Vertreter deutscher Organisationen, im besonderen die Bergarbeiter, Holzarbeiter und andere, von ihren hiesigen Bruderorganisationen für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten begleitet werden; auch die Studienfahrten der übrigen Vertreter sind durch die amerikanischen Bruderverbände nach Aufnahme der persönlichen Beziehungen weitgehend organisiert worden.

Die Begrüßung des Amerikanischen Gewerkschaftskongresses durch Purcell wurde für die Presse zu einer Sensation. Hatte schon die Anwesenheit der Deutschen große Aufmerksamkeit erregt, die Rede des englischen Gewerkschaftsführers am nächsten Kongrestage und deren Beantwortung durch den neuen Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung brachte sie zu spaltenlangen Berichten.

Purcell verlas seine Rede nach dem Manuskript. Sie war sichtlich sorgfältig vorbereitet. Es fehlte nichts, was zu einer inspirativen Kongressrede gehört, nicht einmal die Erinnerung an den gemeinsam geführten Weltkrieg, sie gipfelte etwa in der folgenden Schlussfolgerung, die die Einladung, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beizutreten, beinahe völlig in den Schatten treten ließ: „Es ist mir oft aufgefallen, daß die Amerikaner, obwohl sie in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht, in Erfindungen und Betriebsorganisationen am fortschrittlichsten sind, sie doch sehr langsam in der Aufnahme neuer sozialer und politischer Ideen erscheinen. Ich hoffe, daß von jetzt an die Arbeiter Amerikas die engsten brüderlichen Beziehungen mit den organisierten Arbeitern Rußlands aufnehmen werden.“

Nach Purcell sprach der Vertreter des englischen Transportarbeiterverbandes, Ben Smith, etwas weniger aggressiv als sein Vorredner. Ihm folgte Roberto Haberman, ein Führer der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung. Seine Rede glich einem wahren Feuerwerk an Beweisen, Ansagen und Gründen gegen die kommunistische Bewegung. Man erfuhr, daß Rußland von Mexiko aus die amerikanische Gewerkschaftsbewegung aufzurollen die Absicht hatte, daß die Sowjetregierung mit dem von einem Arbeiterpräsidenten, Calles, regierten Mexiko die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe, daß die mexikanische Gewerkschaftsbewegung in ihren schwersten Zeiten immer wieder gerade von der amerikanischen Federation of Labor unterstützt worden sei und vieles andere.

Die Hauptaufgabe der Londoner Konferenz.

Briand über die Auswirkungen.

Paris, 20. Oktober. (W.D.) Briand erklärte gestern Abend französischen Journalisten über die gestern nachmittag geführte Unterredung zwischen Painlevé, Chamberlain und Briand: Wir haben uns über die Folgerungen, die man aus dem Vertrage von Locarno ziehen muß, unterhalten. Was die Umgruppierung der Truppen im Rheinlande betrifft, so wird es Hauptaufgabe der Londoner Konferenz sein, sich hiermit zu beschäftigen. In Wirklichkeit haben wir den französischen Ministerpräsidenten genau darüber in Kenntnis gesetzt, was in Locarno geschehen ist. Niemand in Frankreich kann jetzt behaupten, die französische Grenze sei nicht geschützt. Frankreich hat in Locarno keines seiner Rechte abgegeben. Wie können die Verhandlungen, die zu Ende geführt wurden, als solche bezeichnet werden, die eine wahrhafte Förderung des Weltfriedens bringen werden.

Empfang Briands.

Ein deutscher Glückwunsch.

Paris, 20. Oktober. (W.D.) Um 9.25 Uhr ist im Sonderzug von Locarno kommend Außenminister Briand gestern Abend hier angekommen. Im gleichen Zuge reiste Außenminister Chamberlain. Briand wurde von sämtlichen in Paris anwesenden Ministern empfangen. Außerdem waren zur Begrüßung anwesend für die deutsche Botschaft der Geschäftsträger Gesandtschaftsrat Dr. Kirchholtes, der englische Botschafter Lord Crewe und der polnische Botschafter sowie der aus Locarno vorausgereiste Generalsekretär im Ministerium des Äußeren Barthelot. Ferner waren viele dem Kartell der Linken angehörende Abgeordnete zum Empfang erschienen. Geschäftsträger Dr. Kirchholtes begrüßte namens des in Berlin weilenden deutschen Botschafters v. Hoelsch Briand und beglückwünschte ihn zu dem guten Ausgang der Konferenz von Locarno.

Nach kurzer Begrüßung des Kongresses durch Don Dear vom Kanadischen Gewerkschaftskongress, die in der allgemeinen Unruhe unterging, erhob sich Green, um den Gästen, im besonderen Purcell für seine Anwesenheit und die den amerikanischen Gewerkschaftlern gegebenen Ratsschläge zu danken. Dann aber begann er Bedanten zu formulieren, die man als programmatische Erklärungen der amerikanischen Arbeiterbewegung bewerten muß.

Green sagte, sicher kann die Befreiung der Arbeiterschaft nur ihr eigenes Werk sein. Aber in der entscheidenden Stunde sei nicht die Stärke der Philosophie — die Theorie —, sondern die ökonomische Kraft der Arbeiterbewegung ausschlaggebend. Die wichtigste Aufgabe sei, die Arbeiter in die Lage zu versetzen, daß sie Waren zu kaufen vermögen. In Amerika seien — im Gegensatz zu England — seit dem Kriegsende keine realen Lohnherabsetzungen eingetreten! Das neue Russland sei von der amerikanischen Arbeiterbewegung begrüßt worden, weil man gehofft habe, daß aus dieser Entwicklung eine soziale Republik entstehen werde. Überall sei die amerikanische Federation of Labor auf die Seite der Arbeiter getreten, so habe man gegen die Ausbeutung der chinesischen Arbeiter protestiert, die Sympathie für das indische Volk sei ausgesprochen worden und vieles andere sei geschehen, das alles in der gleichen Richtung gehe. Aber man habe auch gesehen, daß sich in der Welt Arbeiterorganisationen gebildet hätten, die gegen die Arbeiterbewegung seien. „Wir sind für die Arbeiterbewegungen der Welt, die auf demokratischem Boden aufgebaut sind! Wir treten nicht für Arbeiterorganisationen ein, die Vernichter der Arbeiterbewegung sein würden! Wir kennen die Apostel von Moskau!“

Green unterstrich energisch, daß jene Bewegung nicht mit der amerikanischen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten, sondern sie erobern und kontrollieren wolle.

Die amerikanischen Gewerkschaften seien keine Gegner neuer Ideen, aber wenn in den Vereinigten Staaten die Arbeiter auf Verbesserung ihres Loses warten sollten, bis eine Revolution kommen, dann seien sie in der Zwischenzeit alle gestorben. Purcell möge zu seinen Freunden die Antwort mitnehmen, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften den Russen nicht anschließen und deren Theorien nie übernehmen würden.

Green erklärte feierlich, daß die American Federation of Labor auf dem Wege bleiben werde, den sie bisher gegangen sei.

Seine Ausführungen wurden vom gesamten Kongress durch fröhlichen Beifall unterstrichen. Ihre Synthese ist, daß die amerikanischen Gewerkschaftler durchaus gewillt sind, mit der Arbeiterbewegung der Welt zusammen zu arbeiten. Daß sie es aber ablehnen auch nur über England den Weg nach Russland zu gehen.

Diese Einstellung wird erst in ihrer Bedeutung völlig verständlich, wenn beachtet wird, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich im Sinne ihres Kontinentes schon heute als Internationale fühlen. Die Beziehungen zu den Gewerkschaftsbewegungen Kanadas und Mexikos haben sich ständig mehr befestigt, die Ausstrahlungen dieser kontinental-internationalen Entwicklung haben noch nicht ihr volles Ausmaß — Südamerika — erreicht. Europas Internationale tritt erst infolge der Nachkriegsentwicklung der amerikanischen Wirtschaft wieder mehr in den Interessentkreis der amerikanischen Gewerkschaften. Dazu kommt, daß sich in den Vereinigten Staaten für die Gewerkschaften neue Organisations- und Kampfstrategien herausbilden, so die ständig notwendiger erscheinende Organisation der Angestellten, der Kampf gegen die in die wirtschaftlichen Streitigkeiten der Gewerkschaften immer wieder eingreifenden amerikanischen Gerichte, der Kampf gegen die Kinderarbeit und noch manches andere.

Im besonderen dem deutschen Gewerkschaftler mag an den amerikanischen Arbeiterorganisationen manches schwer verständlich erscheinen. Er muß sich damit abfinden, daß sie auf

ihrem Wege es zu 2 800 000 (1925) in der Federation vereinigen Arbeitern gebracht haben. Auf solchem Wege wird auf die Dauer keine Bewegung zu einer Millionenmacht. So wird die hiesige Gewerkschaftsbewegung auf amerikanischem Boden in dem für ihn angemessenen Organisationsform und Kampfesgemeinschaft sein. Und ihre Einstellung zu doktrinen, sogenannten kommunistischen Ideen, die in Wirklichkeit die Kraft der Arbeiterbewegung schwächen, statt sie zu festigen und zu stärken, macht sie uns Deutschen geistig verwandt.

Das ist das wichtigste Resultat des Gewerkschaftskongresses von Atlantic City und des Besuches deutscher Gewerkschaftler in den Vereinigten Staaten.

### Deutschnationaler Antisemitismus.

#### Bettelbriefe an jüdische Firmen.

Aus dem Ruhrrevier wird dem „Sozialdemokratischen Presse-dienst“ geschrieben:  
Die Deutschnationale Partei, die Deutsche Volkspartei und die Stahlhelm- und Jungde-Gesellschaft haben in Gelsenkirchen unter dem Titel „Deutsche Post“ ein neues Parteiorgan gegründet. Es ist ein Zweig vom alten verbotenen „Märkischen Sprecher“ in Bochum und kann natürlich nicht hoch kommen. Einmal ging er schon in die Waden. Die Redakteure bekamen kein Gehalt und als einer eine Gehaltsforderung von 3000 M. einlegte, konnten nur 145 M. gepöndelt werden. Sie blieben trauernde Hinterbliebene.

Dann wurde mit Hilfe der Industrie die Bude noch einmal aufgemacht, aber es klappt noch immer nicht. Es fehlten Abonnenten und vor allen Dingen Inserate. Da hat denn nun die Deutschnationale Partei noch einmal eingegriffen: den verhassten Juden soll das Geld abgeknöpft werden, damit die Karre mal endlich laufen kann. Eine große Anzahl jüdischer Firmen in Gelsenkirchen erhielt dieser Tage folgenden diesseitigen Brief:

Deutschnationale Volkspartei.  
Kreisverein Gelsenkirchen.  
Bankkonto:  
Commerz- und Privatbank Gelsenkirchen.  
Gelsenkirchen, den 8. 10. 25.  
Firma . . . . .

Wir haben unsere Mitglieder verpflichtet, möglichst nur bei den Firmen zu kaufen, die in der „Deutschen Post“ inserieren. In-ferer Ansicht nach würde es Ihren Interessen nur dienen, wenn Sie bei Ihren Inseratenaufträgen laufend die „Deutsche Post“, unsere Zeitung, berücksichtigen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Deutschnationale Volkspartei, Gelsenkirchen.  
gez. Wiesel, 1. Vorsitzender.

So bewährt sich auch in Gelsenkirchen das alte schöne Wort: Ein echter deutscher Mann kann keinen Juden leiden, doch seine Gelder nimmt er gern!

### Notleidende Landwirtschaft.

Beim Stiftungsfeste eines landwirtschaftlichen Vereins in Ostfriesland wurde, wie der „Grundstein“ berichtet kann, ein feines Liedchen gesungen:

Wer lebt gar herrlich auf der Welt?  
Wer hat den größten Bogen Geld?  
Wer trägt vor Lebenslust und Kraft?  
Es ist der Mann der Landwirtschaft!  
Und drohen auch Geseß und Staat,  
Der Landwirt weiß sich immer Rat:  
Man ist doch heut nicht mehr so dumm,  
Geht's vorne nicht, geht's hinten 'rum!

Das war mal ein fetterer Roman von Ehrlichkeit, in dem die Herrn Landwirte dieses schöne Lied erdachten. Sicher waren sie dabei ehrlicher als bei ihren verlogenen Hejereien gegen den „Steuer-fabismus der Republik“. Sie wissen allemal zu leben, „geht's vorne nicht, geht's hinten 'rum“.

### Selbsterkenntnis.

Wie schöner als wir es können, malt Friedrich Hufschang im „Total-Anzeiger“ das Bild des Berliner Spielers, der deutschnational wählt. Er schimpft auf die Wahmüdigkeit des Spielertums und beschwört sie, am Sonntag ja zur Stelle zu sein. Und dann redet er ihnen gut zu:

„Das letztmal, da blühet ihr, ihr Spieler von Groß-Berlin, der Wohl fern. Entweder das Wetter war zu schön, um nicht spazieren zu gehen, oder es war zu unfreundlich, um bis zur nächsten Ede ins Wahllokal zu wandern. Vielleicht hatte Tante Mienchen Geburtstag; vielleicht machte der Regier-Klub „Adwennut“ eine Herrenpartie; vielleicht mußte Fräulein Ella ihren neuen Herbsthut ausführen; vielleicht mußte Herr Lehmann zu einem Frühstücken. Man kann nie wissen. Jedenfalls, ihr Spieler von Groß-Berlin, ihr ginget nicht zur Wahl. Wieviel entscheidender, zwingender hätte der Umkehrung sein müssen, sein können, wenn ihr, vereinte Spieler von Groß-Berlin, wenn Sie, Herr Lehmann, Tante Mienchen, Fräulein Ella, Ihr bißchen Pflanzel gefast hätten. So aber gewann schon damals der bürgerliche Sieg einen widerlichen Beigeschmack durch die Tatsache, daß trotz des zähneknirschend erlittenen roten Terrors über Groß-Berlin das Heer der Berliner Spieler, das ist der Reichswähler, gegenüber dem Juni 1920, bei der roten Sturmzeit gebracht, im Oktober 1921 sich nicht vermindert, sondern vermehrt hatte. Ein erschreckendes Zeugnis über die politische Echoslosigkeit des Spielers, über seine Minderwertigkeit und Arealität.“

So schildert der Hufschang, der Hufprediger des „Total-Anzeigers“, seine Leute. Das ist das große Reservoir der ewig Dummen, der ewig Geistigen, auf die die Reaktion baut. Herr Hufschang hat zwar von den Problemen der Berliner Kommunalverwaltung nicht den blassesten Schimmer, aber warum sollte er nicht die Befehle des „Total-Anzeigers“ und die deutschnationalen Wähler kennen? De wolle wir ihm Fachkenntnis nicht abstreiten. So sehen sie wirklich aus, wie Herr Lehmann, Tante Mienchen und Fräulein Ella, die Wähler des Groß-Berliner Bürgerblocks. Schade nur, daß in diesem Falle Selbsterkenntnis nicht der erste Weg zur Besserung sein wird. Der Fall scheint hoffnungslos.

### Wahlen im Memelland.

#### Außerordentlich starke Beteiligung.

Memel, 20. Oktober. (W.F.) Wie außerordentlich stark die Teilnahme der memelländischen Bevölkerung an der Wahlhandlung gewesen ist, ergibt sich daraus, daß z. B. in Windenburg die gesamte Wählerschaft mit Ausnahme von 6 Kranken zur Wahlurne gegangen ist. Dabei hatten die Wähler einen Weg von 26 Kilometer hin und zurück zu Wasser und zu Lande zurückzulegen. In Schwarzort und Nidden haben 97 Proz., in Preußel 95 Proz., in Prokelis über 87 Proz., in Herdekrug 90—95 Proz. und in Röh über 90 Proz. gewählt. Die Auszählung der Stimmen hat um 10 Uhr vormittags begonnen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.

### Monarchisten gegen Großdeutschland.

#### Die Schwarzgelben wider den Anschluß.

Wien, 20. Oktober. (U.) Vorgestern fand in Wien unter dem Vorsitz des Generals von Dautel und bei Anwesenheit des Grafen Stummartinih eine Versammlung der österreichischen Monarchisten statt, die sich scharf gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland aussprach.

Gegen die Verlängerung der Vollzeitsunde. Die sozialdemokratische Bundtagsfraktion ersucht in einem Antrag das Staatsministerium, von einer Verlängerung der Vollzeitsunde in Berlin abzusehen. Dem großstädtischen Verkehrsbedarf soll durch Erteilung von Nachtkonzessionen für alkoholfreie Auskank an in wichtigen Verkehrszentren gelagerten Lokalen Rechnung getragen werden.

Zum Ablauf des deutsch-spanischen Handelsvertrages schreibt der „Sol“: Deutschlands Ausfuhr nach Spanien sei zehnfach stärker als seine Einfuhr aus Spanien. Trotzdem hätten die übermäßigen Zugeständnisse an Deutschlands Industrie nur schlechten Dank gefunden.

### Gespensster der Vergangenheit.

Von Hans Bauer.

Sie waren dahergekommen, aus allen Enden Deutschlands und trugen auf dem Kopf einen Zylinder, an der vom Schöpfer eigens zu diesem Behufe geschaffenen Brust die Ordensstafel aus dem Konversationslexikon und in der zumeist zitterigen Faust eine Fahne . . . und es war wie eine endlose Prozession. Rein, als reichende Wölfe wird man sich das Gros des Kyffhäuserbundes, dessen Mitglieder das Hauptkontingent zu dem Leipziger Reichskriegertage stellen, nicht vorstellen dürfen. Diese Leute sind gegen das Neue, aber sie sind von keinem fanatischen Haß gegen das Neue befeuert, weil sie überhaupt unbefreit sind. Es sind die als Individuen durchaus harmlosen Kleinbürger, die ihren Schützengildeverein und ihren Kriegerbund wohl von gewissen politischen Schiebern als gefährliche Angriffswaffe benutzen lassen, ihn im innersten Herzen aber doch nur als weltanschaulich fundierten Regelklub meinen, der den Vorteil bietet, daß in ihm eine standesgemäße Geselligkeit gepflogen werden kann. Ich habe mir die Kyffhäuserbündler angesehen. Es war in ihren Augensternen etwas Wertwürdiges zu lesen, nämlich dies, daß Kriege für diese Männer nur der Vorwand für festliche Umzüge sind, die man nach ihnen veranstalten kann. Sie gingen nicht, sondern schritten. Sie hatten kein Gesicht, sondern trugen eine Miene zur Schau. Ihre Fahnen schwebten nicht über ihnen als Symbole großer Gedanken, sondern, damit die Aufmerksamkeit auf die Fahnenträger gelenkt werde. Es war eine unübersehbare Menge von nichtsagenden Männern, die nur dafür demonstrierten, daß sie als ehrbare Bürger geachtet würden und die dem Vergangenen im Grunde nur deshalb nachtrauerten, weil das ihre Werte verhärteter Behäbigkeit und verwehrt Wahlansässigkeit offiziell anerkannt hatte.

Der Aufmarsch des Reichsbanners bedeutet das eindeutige Bekenntnis zu dem schurkamenten Gedanken der Erhaltung der republikanischen Staatsform. Zu was bekannten sich diese Schützengilden und Militärvereine? Zum Trommeln und Querpfeifen, zu bunten Schürpen und silbernen Epauletten. Es waren Gespensster, die anrührten, geistige Mumien, an denen, tagsüber im Bureau und abends in der Kneipe, nicht nur die Antworten auf neue Fragen, sondern schon die Fragestellungen überhaupt spurlos vorübergegangen waren. Sie kamen dahergewandert als lebendigewordene Witzblattauschnitte mit würdevollen Mienen und Schnauzbärten. Es waren Unpersönlichkeiten, die aus der Seere ihrer Gedankenwelt in den Notizblock einer Kriegsauszeichnung oder einer Kriegsschnur gefächelt waren und dadurch wieder inneren Halt zum Glauben an sich selbst gewonnen hatten.

Dieser Gespensstertag herausstapelter Kuriositäten hatte sich so etwas wie seine geistige Nachfolge mitgebracht. Werwölfe und Stahlhelmer, die mit Liedern gegen die Juden und gegen die

Franzosenbrut auf den Lippen und mit Lornistern auf dem Rücken, die aber wohl kein Kriegs-, sondern nur Frehmateral beherbergten, durch die Straßen zogen, vertrat die jüngere Generation deutscher Stupidität.

Ein phantastischer Spuk, dieser Leipziger Reichskriegertag, ein unerhörtes Gemälde des Grauens: lebendige Mensch, aus deren Augen in tausenderlei Variationen die Verstorbenen funkelte. Agenten des Todes, die um die Provision der Berausung an der Phrasen für ihren großen Meister arbeiten.

### Das „Carmen“-Experiment der Russen.

Sie nennen es „Carmenita und der Soldat“. Ob ein nach so genialer Regisseur — und Donitschko ist so etwas — das Recht hat, für seine dramatischen Zwecke Noten und Phrasen zu verändern, hinzuzufügen, abzuschneiden, Szenen aufzuspalten, andere zu lockern, zu kürzen, die Schauplätze zu vereinheitlichen, Inhalte auch nebensächlicher Art umzubeden, das ist geschichtskriminalistische Frage. Aus der Not primärer Bogen- und Treppentritten machen die Moskauer eine Tugend. Seelische Konflikte verdichten sich, Dramatisches springt in der Verkürzung aller Linien kettenartig hervor. Nach der zwangsläufig einheitlichen Szenerie richtet sich der Paß des Stücks. Es gibt kein Gebirge, kein Sevilla, es gibt nur Interieur, Stube, Tisch, Stuhl, Treppe, Rascala, die igitische Gestalt, befragt für die Spannung und Kompression des „Carmen“, des Jofe-Dramas nicht allzu viel. Sie fehlt also, ihre Arien sind chorisch geteilt, ihre Stimme klingt fernher wie aus dem Unterbewußtsein des sinnenden Soldaten. Der ist im Gegensatz zur Raffiniertheit, zur Suggestivkraft einer Carmen ganz primitiv, tumb angelegt, der reine Tor gegen die unreine Begierde, das Gefühl des Herzens gegen die Triebe des Bluts gestellt. Er erhält vom Offizier in der Weinstube einen Säbelschlag über den Kopf und erstickt den Vorgesetzten. Wie im Taumel läßt er nun alles mit sich geschehen. So unbewußt löste er auch der sozialisierenden Carmen im ersten Akt die Fessel. Man fühlt: aus Theater wird Leben, aus Parodie und Reckelt Ernst, Tragik gestaltet. Ironische Apokryphen, die sonst dem abgeduldeten Offizier gelten, klingen jetzt, lauter, dem vertieften Soldaten entgegen. Wo sonst Karten gelegt werden, ergötzen sich jetzt die Mädchen an geräubten Reibern, an Geschmeide. Und Carmen selber gießt Blut. Immer ist Chor da und immer ist es ein Teil der Handlung, wie der Ritterlebens. Wie diese schönen spanischen Frauen laufen, tanzen, rosen, fächer knallen lassen, wie sie mit dem Ton des Orchesters lebendig mitspielen, das ist urwüchsigste, dennoch raffiniert durchdachte Ausdrucksbewegung.

Bizets „Carmen“ aber zerfällt in seine Teile. Die Gesamtbildung nicht nur des Stückes, auch die Musik hat, zittert, vibriert, Eingriffe, unvermeidbar bei solcher psychologischen Deutlichkeit, stechen dem Musiker in das Herz, das dem größten romanischen Rusldrama zuschlagen möchte. Die Musik wird mitgenommen, nicht um ihren willen atmen, spielen diese schicksalhaft ausbegehenden Menschen. Aber sie spielen eben, spielen wie keine deutsche oder italienische Truppe es fertig bringt. Um dieses folgernden per-

sönlichen Spiels willen soll die Einmaligkeit dieses großartigen Experiments bewundert, nicht gelächelt sein. Keiner kümmert sich um den Kapellmeister, der leicht oder energisch zu folgen hat, keiner hat das Auge, den Körper anders wohin gerichtet als auf das Auge, die Seele des Partners. Ein Souffleur erstickt nicht. Stimmlose Bewegungen sind von selbstloser Haltkraft, Schweigen wird berechtigt, die Glieder sind gekräftert. Man glaubt wieder an Opernmenschen. Nur so wird der Widerstand gegen die Siegierung einer Oper überwunden. Und man hätte nur zu wünschen, daß die Russen die Originalpartitur hervorholten und mit ihren Leibern, ihren Leidenschaften, ihrem Gesangs-Brilo, ihren Schiefalsaugen die ganze Musik einfingen, stimmungsvoll verteilten, in die Gegenwart ihrer Menschlichkeit rückten. Ein einziger Song, der nicht musikalisch disponiert war, der Escamillo. Die anderen aber, Musiker durch und durch, überstrahlte noch die einzigartige Gestaltungskraft der herrlichen Salkanowa. In der „Opfritata“ ganz Heroine, Antigone, Chorführerin; hier eine Carmen von hypnotischer Gewalt, vollendeter Kunst der Sinne, ein Weib, ein Tier, ein Feuer, ein Dämon, ein Wunder.

Ruti Singer.

Kammerspiele: „Parable will nicht heiraten.“ Koch nie hat man versucht, in den Kammerspielen so hüßige Ergöhung zu verschlecken. Jerome K. Jerome ist ein ganz lustiger Mann, aber dieses sein Silbalein vom Großmann der Volksobermännchen ist höchstens ein Fundobjekt für Liebhabertheater. Nur in England ist es auch möglich, daß politische Satire so honigfüßig oder Umanandendern verflucht wird. Also: Parable will nicht heiraten, weil die Stimmrechtsmegäre, die es auf ihn abgesehen hat, ein Orceul ist, was sie auch bedunhet, indem sie in Männerhosen und ebenfolch-im Köckchen herumläuft. Parable entgeht nun dieser Lebensgefahr, indem er sich seine Köchin für die Ehe sichert. Das geschieht alles, indem die Langeweile außerordentlich geschickt verlängert wird. Selbst Gültorf, der den erst lo heiratenslustigen und dann lo betratsproben Sonderling spielt, und selbst Frau Escholdt, die sich für das sozialpolitische Ungeheuer opfert, können mit ihren bunten und gewinnenden Talenten die Schlußstrichen nicht trunter machen. Heller und lieblich spielte Camilla Spira, die junge Dame, die vom Kochherde in das mollige Ehegemach hineinwandern darf.

W. S.  
Anderland. Infolge eines Verfehens ist in der Bücherchau der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ die Verlagsfirma des neuen Jahrbuches „Anderland“ falsch angegeben worden. Wir weisen bezüglich darauf hin, daß dieses vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsbereit herausgegebene Buch im Verlag der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erschienen ist.  
Auch diesmal ist das Jahrbuch in äußerst geschmackvoller Weise herausgegeben und enthält neben zahlreichen Illustrationen, Gedichten, Erzählungen und Fabeln eine Anzahl belehrender Aufsätze, die dem Empfinden der proletarischen Jugend angepaßt sind und ihren Wissenskreis erweitern dürften. Ein besseres Jahrbuch für dieuben und Rädel des arbeitenden Volkes kann man sich kaum wünschen. Als Weihnachtsgeschenk dürfte es bei unserer Jugend helles Entzücken auslösen.

# Der Fall Höfle im Landtag.

## Ein Opfer deutschnationaler Hehe und Verleumdung.

Der Preussische Landtag sah heute in seiner zweiten Beratung des Haushalts des Justizministeriums die allgemeine Aussprache über den Fall Höfle fort.

Genosse Kullner hält dabei eine scharfe Abrechnung mit der von den Deutschnationalen so durchsichtig zu politischen Zwecken betriebenen Ausschüftung der Fälle Barmat und Höfle. Die Beschlüsse des Ausschusses seien taktisch richtig gewesen, in ihnen komme aber nicht der unmittelbare Eindruck dessen zur Geltung, was die Mitglieder des Ausschusses schauernd erleben mußten. Um den Fall Höfle richtig beurteilen zu können, müsse man in die Umstände und Hintergründe hineinkommen. Es sei festgestellt worden, daß so wenig der Gefängnisarzt Dr. Thiele wie der Redigialrat Sörmer pflichtgemäß gehandelt haben. Dazu komme der Mißbrauch mit narzotischen Mitteln, der die falsche Anwendung des Urlasses des Wohlfahrtsministeriums, die vom Terror Außenstehender beeinflusste Stellung des Untersuchungsrichters und zu allem die Jaghaftigkeit des Justizministeriums, das zu spät eingegriffen habe. Besonders ungebührlich sei gewesen, daß im Anschluß an den Offenbarungseid das Meineidsverfahren durchgeführt worden ist. Auf Grund einer offensichtlich betriebenen Hehe ist hier ein Terror ausgeübt worden, wie man ihn ähnlich nur in Frankreich seinerzeit im Dreyfus-Prozess erlebt habe.

Jetzt erst nach dem Mißbrauch der Ausschüßberatungen spricht der Abg. Dr. Pinkert von einem preussischen Panama. Wer das vor sechs Monaten gesagt hätte, der wäre in einer Zeit von Beschimpfungen und Gelächter erstickt worden. Wie hat man gegen Ebert geheilt! Selbst der deutschnationalen Herr v. Waldhausen hat das Verlangen gestellt, daß man Ebert Genugtuung für die Verleumdungen, die gegen ihn geschleudert worden sind, verschaffen müsse.

Es gäbe keinen Fall Höfle, wenn es keine deutschnationalen und kommunistische Hehe gegeben hätte.

Hier hat Herr Seelmann sachlich gesprochen. Über seiner Fraktion muß man das Dichterwort entgegenrufen: „Ihr sätet Blut und steht bestürzt, das Blut ist ausgegangen!“ Was hat man nicht alles dem Ministerium vorgeworfen, man behauptet sogar, daß es sich einer Begünstigung in der Barmat-affäre schuldig gemacht hätte. In der deutschnationalen Presse konnte man lesen, daß das Justizministerium eine „Verletzung des Oberschleiers Höfle“ unternehmen wolle. Jetzt beklagen sämtliche Parteien den traurigen Ausgang dieses Falles.

Die Deutschnationalen und die Kommunisten sollten aber bei sich zu Rute gehen, dann würden sie die eigene Schuld daran feststellen. In der deutschnationalen Presse wurde der Tatbestand vollkommen verdrängt, aber die deutschnationalen Ausschüßmitglieder haben es nicht für notwendig befunden, gegen die Urheber dieser Artikel irgend etwas zu unternehmen. Der Redner erinnert die Kommunisten daran, daß sich die „Rote Fahne“ zuerst an der Hehe gegen Höfle beteiligt habe, daß die „Rote Fahne“ verlangt habe, Höfle solle strenger behandelt werden, daß dieses Blatt sich auch schühend vor die Kammervergehen des Herrn Kuhlmann gestellt hat. Niemand diesem Fall beteiligte Beamte sind dem Terror erlegen. Man hat keine Rücksicht auf die Familien der Angegriffenen genommen, ebenso wie vor einigen Tagen der Minister Hirtfelder, sind Männer, die sich nicht verteidigen konnten, durch die Gasse geschleift worden. Es sehe fest, daß die moralische Schuld am Tode Höfles die Staatsanwaltschaft trägt. Sie hat um ihre Existenz gekämpft.

Aus Karrieregründen suchte sie alles zusammen, um ihre Stellung zu halten. Bezeichnend ist das Wort des Herrn Einbe: „Wenn mir die Sache mißlingt, dann bin ich irgendwo in Posen.“ Den Redigierern ist nun außer her suggeriert worden, daß Höfle an einem Selbstmord zugrunde gegangen sei.

In geradezu infamer Weise haben sich die Deutschnationalen in diesem Falle benommen.

Im Ausschüß verhandeln ihre Vertreter allerdings sachlich, umso

größer war die Schamhaftigkeit von Verleumdungen, die von ihrer Presse in das Land gewälzt wurde.

Jetzt noch wird ein deutschnationales Flugblatt zu den Berliner Stadterordnetenversammlungen vorbereitet, auf dem weder der Verfasser, noch der Verleger, noch der Drucker vermerkt ist. Nur aus dem Anmeldeformular ergibt es sich, daß es sich um ein deutschnationales Flugblatt handelt. Hier werden alle Verleumdungen wiederholt, die im Ausschüß selbst von deutschnationaler Seite als unrichtig gekennzeichnet worden sind. (Stürmische Zurufe von links.) Wir werden dafür sorgen, daß diese Unwahrhaftigkeit der Deutschnationalen vor den Wählern aufgedeckt wird.

Der Redner erklärt zum Schluß, daß es nicht positiv festgestellt worden sei, wie Höfle geendet habe. Einen Selbstmord hatte er für ausgeschlossen. Die indirekte Ursache des Todes von Höfle sei Hehe und Verleumdung. (Lebhaftes sehr richtig links.) Jetzt muß dafür gesorgt werden, daß ähnliche Fälle sich nicht mehr ereignen. Es sei anzuerkennen, daß das Justizministerium Verbesserungen herbeiführen will. Solange es aber in Deutschland üblich sei, sachliche Gegenstände mit persönlicher Hehe und Verleumdung auszufragen, solange wir an diesem Krebsgeschwür zu leiden haben, können wir leider nicht die Gewißheit haben, daß sich der Fall Höfle nicht wiederholen wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der nächste Redner ist Abg. Dr. Böhme (D. Sp.).

## Heute Kabinettsitzung.

### Unter Vorsitz des Reichspräsidenten.

Das Reichskabinettsamt ist heute vormittag 10 1/2 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg erneut zusammengetreten, um die gestrigen Beratungen über das Vertragswerk von Locarno fortzusetzen. Erst heute nachmittag 4 Uhr werden die Vertreter der Parteien und wirtschaftlichen Verbände des besetzten Gebiets empfangen werden. Sie werden hierbei der Reichsregierung eingehend ihre Wünsche hinsichtlich des Befehlungsregimes sowie auch der wirtschaftlichen Auswirkungen der Abmachungen von Locarno zum Ausdruck bringen im Zusammenhang mit den von den Alliierten in Locarno gemachten Zusagen, von deren Erfüllung die Unterzeichnung der Verträge wesentlich abhängen dürfte.

Heute trifft im Reichstag der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion zusammen, um sich mit den Ergebnissen der Locarno-Konferenz zu befassen. Die Gesamtfraktion ist für Mittwoch einberufen.

## Krestinski bei Stresemann.

Der russische Botschafter in Berlin Krestinski, der sich gleich am ersten Tage nach der Rückkehr der deutschen Delegation beim deutschen Außenminister angefragt hatte, ist, wie T. U. meldet, am Montag nachmittag von Dr. Stresemann zu einer längeren Besprechung empfangen worden.

## Süddeutsche Dolchschere.

### Prozess Cohnmann-Gruber.

München, 20. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Münchener Dolchstoß-Prozess nahm am Montag vor dem Amtsgericht in der Ku ein recht stillen Anfang. Das Publikum interessierte sich wenig dafür. Die paar Bänke im Zuschauerraum waren nur schwach besetzt. Dagegen ist fast die Hälfte des Saales von einheimischen und auswärtigen Pressevertretern mit Beschlüß belegt. In die 40 Journalisten mögen amnestiert sein. Von dem ursprünglich für einen späteren Termin vorgesehenen Sachverständigen waren nach dem Willen der Verteidigung bereits am Montag anwesend: Anwesend sind Herr Dr. Hölzer, Sekretär des Untersuchungsausschusses, Oberst a. D. Jochim, Reichsarchivar Volkmann und Simon Kagenstein.

Die Anklage lautet auf Vergehen der Beleidigung und der üblen Nachrede, begangen durch die Presse. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erhob Dr. Hirschberg Einspruch gegen den Sachverständigen Jochim, Oberst a. D., der dieser bei der Märzoffensive 1918 an hervorragender Stelle der 17. Armee Bismarck stand, die sowohl nach dem Urteil Ludendorffs als auch nach dem Urteil des militärischen Sachverständigen im Untersuchungsausschüß bei jener Offensiv besonders verlagert hat. Jochim müsse also unbedingt als befangen erklärt werden, da er kein positives Urteil über die Frage der Unzulänglichkeit der Obersten Heeresleitung abzugeben in der Lage sei. Der Vorsitzende forderte den Sachverständigen Jochim auf, sich in den nächsten Tagen schriftlich zu dem Antrag der beklagten Partei zu äußern, worauf dann das Gericht Beschlüß über den Antrag fassen wird.

Hierauf verlas der Vorsitzende sämtliche Artikel der „Münchener Post“, die zur Abwehr der beiden Dolchstoßnummern der „Süddeutschen Monatshefte“ im April und Mai 1924 geschrieben wurden und gab dann dem Beklagten, Genossen Gruber, das Wort. Dieser erklärte, daß er den sachlichen Inhalt aller dieser Artikel kenne und die Verantwortung für sie übernimmt. Diese Artikel sind geschrieben zur Abwehr von verleumderischen Angriffen auf die Sozialdemokratische Partei, ihre Führer und ihre Politik. Unserer Partei und ihren Führern ist nichts Geringeres vorgeworfen, als daß sie die Front im Rücken erdolcht und den Zusammenbruch herbeiführt und daß sie sogar im Einverständnis mit den Feinden gehandelt haben. Dieser Vorwurf kann nicht erhoben werden, und es ist daher begreiflich, wenn gegen einen derartigen, nach unserer Überzeugung völlig unbegründeten Vorwurf in der allerhöchsten Weise vorgegangen wird. Dazu kommt, daß der Privatkläger sich in das Ränkelchen der Wissenschaft gehüllt hat und weiter, daß das geschähen ist in einem Zeitpunkt, da wir in einem heftigen Wahlkampf standen. Wenn man eine solche Arbeit herausgibt mitten im Wahlkampf, dann verrät man damit ohne weiteres, daß es einem nicht um gewissenhafte Erforschung des Zusammenbruchs, um die Erforschung der Wahrheit zu tun ist, sondern, daß es sich um eine parteipolitische Hehe handelt zu rein parteipolitischen Zwecken, um eine Hehe gegen die Sozialdemokratie, die man in diesem Wahlkampf so stark als möglich schwächen wollte. Wenn Cohnmann in seinem ersten Heft gegen die Sozialdemokratie etwas zurückhaltend war, aber im zweiten Heft in voller Eindeutigkeit seine schimpflichen Vorwürfe gegen unsere Partei und ihre Führer erhob, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß seine Hintermänner, nämlich Graf Reventlow und er alldolchschere Ränkel von ihm ein etwas deutlicheres Aufstrumpfen verlangt haben, und es ist nicht unbekannt, daß Reventlow sogar gedroht haben soll, er werde sonst den Zuschuß von 15 000 Mark sperren, und daß zweite Heft würde dann nicht erscheinen sein.

Wenn es Cohnmann um die Wahrheit zu tun gewesen wäre, dann dürfte er nicht einzelne Tatsachen, die ihm zugezogen wurden, ohne ihre Richtigkeit zu prüfen, einfach veröffentlichen, und das, was er sonst noch wußte, verschweigen. Er durfte vor allem nicht verschweigen, was in den Tagen vom 29. September bis zum 5. Oktober 1918 vorgegangen ist, und wenn er es verschwiegen hat, dann braucht er sich nicht zu wundern, wenn ihm der Vorwurf der Geschichtsfälschung gemacht wird. Die schlimmste politische Geschichtsfälschung, die wohl je vorgekommen ist, ist das, was in diesen Dolchstoßheften niedergelegt ist. In diesem Sinne sind die Artikel der „Münchener Post“ zu verstehen; lediglich als Abwehr gegen die verleumderischen Angriffe. Wir haben keinen Anlaß, den Vorwurf der bewußten Geschichtsfälschung und der politischen Brunnenergüßung heute zurückzunehmen. Wir halten diese Vorwürfe gegenüber Cohnmann aufrecht, und wir werden den Beweis für ihre Richtigkeit erbringen.

Anschließend an diese eindrucksvolle Selbstverteidigung des Genossen Gruber gab dann Verteidiger Dr. Hirschberg ein Bild der Taktik der Cohnmannschen Geschichtsfälschung. Der Vorwurf der Geschichtsfälschung ist vor allem gegeben durch die zahlreichen Bezugsangaben in den beiden Heften, die das geschichtliche Bild für den unkundigen Leser zu fälschen suchen. Zum Beweis dafür hat Dr. Hirschberg in 14 Punkten die wichtigsten Fälschungen zusammengestellt und ihnen jeweils die Antithese der geschichtlichen Wahrheit gegenübergestellt. Dieses gedruckt vorliegende Beweismaterial wird im Laufe des Prozesses noch eine bedeutende Rolle spielen. In die Verlesung dieses Materials schloß Dr. Hirschberg dann folgende Ausführungen: Die Vorbereitung des Prozesses hat ungewöhnlich lange Zeit gedauert. Während dieser Zeit ist, im Jahre 1925, ein neues Heft der „Süddeutschen Monatshefte“ erschienen, und dieses Heft enthält nicht mehr und nicht weniger als eine Preisgabe der beiden Dolchstoß-Hefte durch den Privatkläger selbst. Im übrigen ist die Frage, ob der Inhalt beider Hefte Geschichtsfälschungen sind, ausschließlich eine Frage der Sachverständigen. Bei Cohnmann handelt es sich nicht um einen Fanatiker seiner Idee, sondern um einen skrupellosen Fanatiker, der in der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch ist. Zum Beweis für diese Behauptung führte Dr. Hirschberg eine Reihe von Urkunden an, so einen Brief des Berliner Historikers Radek an Valentini, weiterhin einen Briefwechsel des Delegationsrats Rieckler mit Cohnmann, in dem gegen letzteren infolge eines schamhässlichen Vertrauensbruchs außerordentlich schwere Vorwürfe persönlicher Art erhoben wurden, ohne daß Cohnmann Anklage erhoben hätte.

Hierauf nahm der Kläger Cohnmann das Wort und erklärte, daß er später ausführlich auf die persönlichen Angriffe gegen ihn antworten werde. Zur Frage Reventlows wußte er nur zu sagen, daß er den Grafen nur einige Male gesehen hat, nämlich einmal im Jahre 1916 und zwei- bis dreimal im Jahre 1918/19. Verbindungen zu diesen völkischen Kreisen habe er niemals gepflogen.

Am Dienstag früh begann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des früheren Majors Roeder, der während des Krieges im Generalstab die Spionageabteilung leitete und ausführlich schildert, wie die gegnerische Propaganda in Deutschland betrieben wurde, oder wie das Militär diese Propaganda ansah.

## Fememord oder Unglücksfall?

### Eine Berichtigung.

Wir erhalten aus Bismarck von dem Landesuperintendenten Rische eine Zuschrift, die sich auf eine in unserer Sonderausgabe gegebene Darstellung des Todes des Seecoffiziers Otto bezieht. Dieser Seecoffizier Otto erkrankte auf einer Segelfahrt auf der Ostsee, die er mit einem Sohn des Bismarcker Superintendenten unternommen hatte. Allgemein wird allerdings bezweifelt, daß es sich nur um einen Unglücksfall gehandelt hat. Herr Superintendent Rische schreibt uns aber:

„Der Seecoffizier Otto war niemals ein Freund Bauers. Dagegen war Otto der beste Jugendfreund und Kriegskamerad meines Sohnes Berno. Die drei jungen Leute waren auf einer Vergnügungsfahrt nach Kopenhagen auf der Segelacht Otto's. Bei der stürmischen Einfahrt am 3. September 1922 in den Tubborghafen von Kopenhagen wurde Otto, während meine beiden Söhne vorne das Hecksegel einzogen, vom herumhängelnden Großbaum über Bord gesetzt. Auf seinen Hilferuf „Mann über Bord“ eilten beide Brüder schleunigst nach hinten und warfen ihn Taus und Rissen hin; Otto aber versank, wie auch ein Mann auf dem etwa 50 Meter entfernten Ufer gesehen und ausgegast hat, plötzlich im Wasser. Er litt schon längere Zeit am Herzen und hat also einen Herzschlag bekommen.“

Dies alles ist dort in Kopenhagen von der Polizei, sodann hier von dem bekannten gegenständlichen Oberst der Sicherheitspolizei Bange in Schmörn und endlich endgültig vom Völkergesicht in München im Februar 1923 festgestellt.

Wir können die Richtigkeit dieser Angaben im Augenblick nicht nachprüfen, geben sie aber in gleicher Weise wieder. Die Kreise der völkischen Heher brauchen sich nicht zu wundern, wenn bei den nachgemieteten zahlreichen Fememorden auch einmal ein Unglücksfall kräftlich auf ihr Konto gesetzt wird. Sie haben es sich selber zu schreiben, wenn man ihnen eben alles zutraut.

## Deutsche Hochschule für Politik.

### Vorlesungen des Wintersemesters.

Die Hochschule für Politik versendet das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1923/24. Es ist vom Sekretariat, Berlin W. 56, Schinkelplatz 6, Alte Lawakademie, zu beziehen.

Die Hochschule für Politik ist eine freie Hochschule. Ihr Besuch ist deshalb grundsätzlich nicht an dem Nachweis besonderer Prüfungen geknüpft. Ihre Vorlesungen nehmen darauf Bedacht, daß Hörer mit verschiedenartigen Voraussetzungen der Vorbildung mit Nutzen an ihren Vorlesungen teilnehmen können. Die Anmeldefrist für das Wintersemester hat vor einigen Tagen begonnen; sie läuft am 7. November ab. Zum Zweck der Anmeldung und der Belegung von Vorlesungen steht das wochentägliche Sonst von 10 bis 2 Uhr geöffnete Sekretariat vom 26. Oktober ab täglich von 10 bis 6 Uhr zur Verfügung. Um allen Berufstätigen und Berufstätigen, die das Streben nach ernstlicher politischer Ausbildung haben, zugänglich zu sein, finden die Vorlesungen ausschließlich nachmittags und abends in der Zeit zwischen 5 und 9 Uhr statt.

Die Hochschule für Politik, die durch die Art ihres Aufbaues die Ziele einer Volkshochschule mit der einer wissenschaftlichen Anstalt verbindet, ist eine überparteiliche Organisation; Vertreter aller Weltanschauungen kommen in ihr zu Wort. Wir erwähnen, daß die Sozialdemokratie in ihrem Vorstand durch den Genossen Prof. Dr. Raddach, in dem Berliner Kollegium durch Dr. Rudolf Hilferding und Karl Renneke vertreten ist.

Die Hochschule für Politik hat einen zweijährigen Studiengang, der in vier Semestern zerfällt. Diese viersemestrige Gliederung bedeutet keinen schmäleren als besorgenden Schulgang; das Studium kann jederzeit begonnen und je nach den Interessen, Bedürfnissen und der Vorbildung des Hörers zusammengefaßt werden. Von den 21 für das nächste Semester angeforderten Vorlesungen erwähnen wir die nach dem Gegenstande oder nach dem Vortragenden für unsere Leser besonders interessanten: Fall: Die deutsche Reichsverfassung unter vergleichender Berücksichtigung fremden Staatsrechts; Wilhelm Haas: System der Politik; Strung: Imperialismus der großen Mächte im und nach dem Kriege; Professor v. Schulze-Gävernitz: Die geistige Prägung des Angelsachsen und England-Amerika in Wirtschaft und Politik; Professor Bonn: Krise der Demokratie; Reichstagsgeordneter Heuß: Geschichte der politischen Parteien; Reichsgerichtspräsident Simons: Ausgewählte Probleme des Völkerrechts; Ministerialdirektor Schäffer: Die wirtschaftlichen Probleme des Friedensvertrages von Versailles; Dr. Pappi (ein Schüler Max Webers): Grundzüge der Wirtschafts- und Kreditpolitik; Staatssekretär Hirsch: Moderne Industrie-Probleme; Prof. Kassel: Arbeitsrecht; Regierungsrat Boldt: Produktionsrecht und Betriebsorganisation in der Industriewirtschaft; Renneke: Soziale Volkswirtschaft.

Zu den Vorlesungen fügen sich die Übungen, wie: Politische Debatteübungen, Praktische Fragen der Wohlfahrtspflege usw. Zum ersten Male ein geopolitisches Seminar statt, in dem von den Staatswissenschaften und der Politik ausgegangen wird.

Erade Hesterberg als Cécile. Für alle Gelehrten und Gelehrten, für die erotischen Ungelegenheiten, die sichbaren und hörbaren Cécilien sind die Pariser Bühnenartikel wie erst im Mai wieder unentbehrlich. Die Ehebruchsdramen greifen aufs neue bei uns, und kann man im Residenz-Theater eine unserer originellsten, vollständigsten, fortwährendgeheften Künstlerinnen — Erade Hesterberg — nach ihren Experimenten und Kabarett und Operette, nunmehr wieder der Sprechbühne dienbar machen will, muß eine französische Komödie von Vicard und Jager-Schmidt den Text dazu liefern. In Circus Heirat sind alle wirksamen Ingredivenzen für ihre Launen, Canallarten, verben Lustigkeiten, Spöttereien enthalten und noch einige mehr, die man ihr und dem Stücke gern geschenkt hätte. Die Hesterberg ist in ihrem Clement, wenn sie den Jirtus ihrer Verehrer in Freiheit dreifach verführt. Sie ist auch eine kluge Bündigerin eines Milliardärs, der guiter Junge und etwas trottelhaft ihr keine Millionen zu Füßen legt und sie durchaus heiraten will. Ihre ganze Höhe zeigt sie aber in dem ausgelassenen zweiten Akt, wo sie Abschied nimmt und im Sekundum Chanson singt und tanzt. In der Nacht darauf entdeckt sie die wahre Liebe in Gestalt eines jungen Anbeters und stutz proklamiert sie am nächsten Morgen, auf ihrem Bette, wie auf einem Throne sitzend, ihre Liebesfreiheit. Der Milliardär flieht, aber die Musik der Liebe ist vorbei, der junge Mann ist nie zu praktisch, um sich in ihre Unkosten zu stürzen. So kehrt Cécile wehen herzens zu dem Milliardär zurück, der sie wie ein treuer Hund sieht und selbst den Dritten bilden würde. Aber sie mag den nicht mehr, und so schließt das Stückchen höchst sentimental mit einer Apotheose der Liebe bei bergnissiger Beleuchtung. Neben der Hesterberg konnte sich welche Engers, als herzensguter, schick-gemüthlicher Milliardär und André Mattioni als der erwähnte Herzensfreund und schmachtende Süngling wohl sehen lassen. Herr Engers hatte eine ansehnliche Fröhslichkeit. — Der starke Erfolg der Hesterberg entgeht uns nicht der Frage: gibt es keine bessere Aufgaben für sie? —.

Ein fliegendes Automobil. Man ist bereits seit längerem bekräftigt, eine praktische Verbindung zwischen einem sich auf festem Boden bewegenden Kraftwagen und einem Wasserfahrzeug herzustellen. Wie in „Reclams Universalium“ berichtet wird, ist nun eine Darmstädter Flugzeugfirma mit einer eigenartigen Konstruktion an die Defensivität getreten, dem sogenannten Aeromobil. Dieses „fliegende Automobil“ verbindet ein Reichsflugzeug mit einer autoplatischen Fahrtrichtung für den Straßenverkehr. Es kann vor dem Start mit eigener Kraft durch die Straßen zum Flugplatz fahren und nach wenigen Handgriffen als Flugzeug benutzt werden.

Die Russen verkopen keinen Schnaps mehr. Die Sowjetpresse ist äußerst erregt über den großen Alkoholgenuß in der letzten Woche. Im Zusammenhang mit der Einberufung des Jahrganges 1923 war der Verkauf von Alkoholgetränken verboten. Am 4. Oktober wurde der Verkauf von 40prozentigem Schnaps freigegeben. Die Folge davon war eine ungläubliche Schnapsverteilung. Am 5. Oktober wurden in die Krankenhäuser Moskaus 4500 Personen in sinnlos betrunkenem Zustande eingeliefert.

Die Galerie Dr. Goldschmidt. Dr. Wallerstein, Eddneberger Herr 26 eröffnet ihre diesjährige Ausstellungen mit Gemälden von Maurice Utrillo sowie mit einer Reihe ausgedehnter Liqueure von Paul Signac.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Konflikt in den Gemeindebetrieben.

### Ein Vermittlungsversuch.

Wie wir erfahren, wird der Schlichter noch heute die Parteien im Konflikt der Berliner Gemeindearbeiter zu einer Besprechung vorladen. Die Obmannerkonferenz der Gas- und Wasserwerke, die die entsprechenden Beschlüsse zur Durchführung der Streikaktion zu fassen hat, ist für heute nachmittag einberufen worden. Es ist wahrscheinlich, daß durch das Eingreifen des Schlichters die Durchführung des Streikbeschlusses mit kurzer Frist vertagt wird. Es wäre zu wünschen, wenn die veranwortlichen Stellen im Magistrat und die Direktionen der städtischen Gas- und Wasserwerke sich der ungeheuren Tragweite ihrer Haltung endlich bewußt würden.

### Beschlüsse des JGG.

In der letzten Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Die bereits eingeleiteten Vorarbeiten für eine im Frühjahr des nächsten Jahres abzuhaltende internationale Wirtschaftskongress- und Gew.- und Auswanderungskonferenz sollen fortgesetzt werden, wobei auch zu untersuchen ist, ob beide Konferenzen miteinander verbunden werden können. Das Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee wird am 3. November in Amsterdam tagen. Eine Vorlage betr. Festlegung neuer Bestimmungen für internationale Hilfsaktionen soll dem Ausschuss und mit dessen Zustimmung dem nächsten Gewerkschaftskongress unterbreitet werden. Dem Wunsche der Sozialistischen Jugend-Internationale auf Herbeiführung übereinstimmenden Arbeitens auf dem Gebiete des internationalen Jugendschutzes soll in geeigneter Weise entsprochen werden. Im Zusammenhang mit der am 21. August 1901 in Kopenhagen abgehaltenen ersten Internationalen Gewerkschaftskonferenz wurde beschlossen, am 21. August 1926 das fünfundzwanzigjährige Bestehen der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zu feiern. Die Einzelheiten sollen in der nächsten Vorstandssitzung beraten werden.

Die Tagesordnung der am 4. und 5. Dezember stattfindenden Ausschusssitzung wird folgendermaßen festgelegt: 1. Tätigkeitsbericht; 2. Aktionsprogramm für das kommende Halbjahr; 3. Finanzbericht über 1924; 4. Genehmigung des Finanzplanes für das kommende Jahr; 5. Internationale Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen; 6. Beziehungen zu Russland; 7. Anti-Kriegs-Propaganda; 8. Geplante Kongresse: a) Internationale Wanderungskonferenz; b) Gewerkschaftliche Balkankonferenz; 9. Fünfundsanzwanzigjähriges Jubiläum der internationalen Gewerkschaftsbewegung; 10. Internationale Arbeiter-Bildungsfragen und Internationale Sommerferien; 11. Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnen-Komitee.

Im Hinblick auf die hohe Zahl der in Luxemburg beschäftigten fremden Arbeiter und die dadurch eingetretenen unerfreulichen Zustände für die eingeschlossenen Arbeiter soll eine Konferenz der Gewerkschaften Luxemburgs mit den Gewerkschaftszentralen der benachbarten Länder einberufen werden, die die Lage untersuchen und Mittel und Wege ausfindig machen soll, um die in Luxemburg beschäftigten ausländischen Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung zuzuführen.

Bei der Besprechung der Lage in Bulgarien wird zur Kenntnis genommen, daß der Abhaltung der gewerkschaftlichen Balkankonferenz in Sofia nichts im Wege steht.

Im Zusammenhang mit den neuesten Vorkommnissen in Italien und besonders der Unterdrückung des Koalitionsrechts soll mit den angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen Rücksprache genommen werden.

In einer gemeinsamen Sitzung mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter wurde über die Ausführung der Beschlüsse des Wiener Internationalen Gewerkschaftskongresses betr. Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr beraten.

## Gemeingefährliche Arbeitsbedingungen.

### Zunahme der Eisenbahnunfälle.

Verschiedene in letzter Zeit vorgekommene größere Eisenbahnunfälle, wie im polnischen Korridor, in Herno, in Krefelen usw., und die sich häufenden Meldungen über kleinere Unfälle haben die Aufmerksamkeit auf die Sicherheitsverhältnisse bei der Reichsbahn aufmerksam gemacht. Die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat darüber auch eine Denkschrift an den Reichstag eingereicht. Aus dieser ist zu entnehmen, daß die Zahl der Unfälle tatsächlich gestiegen ist.

Es betragen die Betriebsunfälle im ganzen auf 1 Million Zugkilometer

im Jahre 1918	4,66
1923	6,28
1924	6,88

Danach war die Unfallhäufigkeit im Jahre 1924 noch um 36 Prozent größer als Jahre 1913 und sie ist auch gegenüber dem Jahre 1923 nicht gesunken, sondern gestiegen. An der Steigerung sind nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die Reisenden beteiligt. Auf eine Million Zugkilometer der Personenzüge zählte man im Jahre 1913: 1,53 getötete und verletzte Reisende; im Jahre 1924 aber stellte sich diese Zahl auf 3,19 oder um 74 Prozent höher als im letzten Vorkriegsjahr.

Auf Seite 2 zählt die Denkschrift 13 größere, in den Jahren 1921 und 1922 vorgekommene Eisenbahnunfälle auf, bei denen 58 Tote und 524 Verletzte zu verzeichnen waren und bemerkt dann dazu:

„Diese Unfälle sind nicht als „schwere“ anzusehen (1). Die hohe Zahl der Verletzten erklärt sich dadurch, daß die Reisenden in starkem Maße dazu neigen, sich bei Eisenbahnunfällen als „verletzt“ zu melden, auch wenn es sich nur um geringfügige Kontusionen oder überhaupt nicht wahrnehmbare Schäden handelt. Sie müssen dann als verletzt in der Statistik nachgewiesen werden (im Gegensatz zu den Bediensteten, die erst bei einer 14-tägigen Dienstunfähigkeit als solche gezählt werden), was die Statistik ungünstig beeinflusst.“

Achtundfünfzig Tote nimmt die Hauptverwaltung also als leicht. Man sollte eigentlich gegen die „Reizung“, sich als verletzt zu melden, einschreiten. . . . Außer in der Denkschrift ist die Unfallhäufigkeit bei der Reichsbahn auch noch im Reichsarbeitsblatt, Heft 23, 1925, besprochen. Dort heißt es:

„Besonders auffällig ist, daß die Zahl der tödlichen Unfälle, von denen Reisende und Bahnfremde durch eigene Unvorsichtigkeit ereilt wurden, 1922 rund 17mal größer war als die Zahl der unverschuldet tödlich Verunglückten, die bei Zugunfällen und durch Verletzungen von Eisenbahnern ankamen.“

Hier ist nicht von geringfügigen Kontusionen oder überhaupt nicht wahrnehmbaren Schäden die Rede. In 17 von 18 Fällen nimmt die Verwaltung aber, wenn nicht direkt Selbstmord, so doch so etwas wie Lebensüberdruß an. Es scheint in der Hauptverwaltung die Ansicht zu herrschen, daß jeder, der die Eisenbahn benutzt, damit eine Unvorsichtigkeit begehrt.

In dem amtlichen Nachrichtenblatt der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Nr. 32, 1925, liest man aber, daß „als Ursachen der Entgleisungen in der weit überwiegenden Zahl der Fälle Schäden am Oberbau und an den Fahrzeugen festgestellt sind.“

Wenn der Reichsbahn-Gesellschaft ein solches unbedachtes Gesandnis entschlüpft, sollte sie auch bei steigender Unfallziffer in einer Denkschrift, die den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet wird, nicht von einem fast ausschließlichen Selbstverschulden der Reisenden reden und im Interesse des reisenden Publikums kein Mittel unversucht lassen, die Unfallziffer zumindest wieder auf den Stand von 1913 heruntorzubringen. Das ist möglich, wenn das Material besser in Ordnung gebracht und das Personal durch Vermeidung von Ueberanstrengung und ausreichende Entlohnung diensttauglich gehalten wird. Aber gerade hier treibt die Reichsbahn eine Politik, die zu einer Häufung der Katastrophen führen muß.

### Einigung im Gastwirtgewerbe.

Die Unternehmer des Gastwirtgewerbes haben in ihrer Sitzung am Montag beschlossen, der vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégaststätten beantragten Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Schiedspruchs zuzustimmen. Der Schiedspruch gilt somit nicht bis zum 26. Februar 1926, sondern nur bis 9. Januar. Von dieser Entscheidung der Unternehmer hängt die Entschiedenheit der Angestellten ab. Durch die Zustimmung der Unternehmer kann nunmehr der Lohnkonflikt als beendet betrachtet werden.

### Gehaltsbewegung der Bankangestellten.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Reichsverband der Bankleitungen den Antrag der Angestelltenverbände in freien Verhandlungen die jetzt geltenden Gehaltsätze einer Revision zu unterziehen, abgelehnt. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat daraufhin beim Reichsarbeitsministerium die Bestellung eines Schlichters beantragt.

### Konflikt in der Kanalschifffahrt.

Das Deck- und Maschinenpersonal der westdeutschen Kanäle, Weferichsflahrt und staatlichen Schleppämter hat einen Antrag auf 20prozentige Lohnerhöhung eingereicht. Eine starke Erbitterung herrscht bei dem Personal über die außerordentlich niedrigen Löhne bei überlanger Arbeitszeit. Die Arbeitgeber haben die gestellten Forderungen abgelehnt. Es ist daher möglich, daß es zu Arbeitseinstellungen kommt, die das Personal der drei Wasserstraßen umfassen, so daß der Binnenschiffahrtverkehr im gesamten westdeutschen Kanal- und Weferichsgebiet zum Erliegen kommen kann.

### Was geht in den Deutschen Werken in Spandau vor?

In zwei sehr stark besuchten Versammlungen nahmen die Angestellten dieses früher zum Konzern der Deutschen Werke gehörigen Betriebes am Mittwoch, den 14. Oktober zu den angekündigten „Sparmaßnahmen“ der Direktion Stellung. Die Geschäftsleitung beabsichtigt, allen Angestellten Reverse vorzulegen, demzufolge sie sich verpflichten sollen, ab Montag, den 19. Oktober nur noch fünf Tage in der Woche — bei entsprechender Kürzung des Gehaltes — zu arbeiten.

Trotzdem bereits im Laufe der letzten zwei Monate nicht weniger als 180 Angestellte entlassen worden sind, konnte die Direktion der Betriebsvertretung keine Zusicherungen geben, daß bei Annahme dieses Vorschlages weitere Entlassungen von Angestellten vermieden werden. Die Direktion stellt sich lediglich auf den Standpunkt, daß es sich um ein „Experiment“ handelt, um mit den jetzt noch vorhandenen Betriebsmitteln die Bahn- und Gehaltssummen für die nächsten Monate sicherzustellen. Da es sich hier um einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb handelt, in dem der Einfluß des Reiches über 75 Proz. beträgt, ist das Vorgehen dieser Geschäftsleitung — gleich-

liche Schutzbestimmungen unter bewußter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Angestellten mit einem Federstich zu befehligen — um so verwerflicher. Es wird erwartet, daß die zuständigen Reichsbehörden, insbesondere aber auch das Reichsarbeitsministerium zu diesen Dingen sich äußern, damit in gleichen, also unmittelbaren Staatsbetrieben in allererster Linie die noch zum Schutze der Arbeitnehmer bestehenden Besetze respektiert werden.

Grundätzlich stehen natürlich auch die A. F. V. Verbände auf dem Standpunkt, daß derartige Maßnahmen in Zeiten wirtschaftlicher Depression, um Entlassungen von Arbeitnehmern zu verhindern, abgelehnt werden sollen, aber nur unter Einhaltung der im Einzelarbeitsvertrag vorgesehenen Kündigungsfrist. Da die Direktion der D. W. diese doch nur selbstverständliche Forderung ablehnt, wurde in beiden Versammlungen das Angebot einstimmig abgelehnt und beschlossen, nur den Anweisungen der Angestelltenvertreter zu folgen.

Ueber die Gründe der Unrentabilität dieses Betriebes werden sehr beachtliche Angaben folgen, falls die Direktion nicht noch in letzter Stunde eine Verständigung mit den Angestellten anstreben sollte.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Die 12. Mittwochs, den 21. Oktober, im Böhmischen Hausbau anbräunte Abteilungsversammlung, Abteilung Betrieb, fand unter ungünstigen Umständen halber erst am Mittwoch, den 23. Oktober, 7 Uhr, im letzten Lokal statt. Die Funktionen werden ersucht, die Mitglieder schnellstens zu informieren.

# Wirtschaft

## Eine neue Fleischwarenfabrik der GEG.

Seit dem Jahre 1921 betreibt die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, auf dem Gebiete der Fleisch- und Wurstfabrikation ebenfalls Eigenproduktion. Der Eigenart dieser Warenart entsprechend wurde der Umfang der Eigenproduktion auf die Art der Beschäftigung, die ohne Qualitätsbeeinträchtigung eine längere Versanddauer an die Konsumvereine im Reich zu vertragen konnten. Durch die Aufnahme der Fleischkonzernefabrikation steigerte sich der Umsatz weiter, so daß sich bereits im Jahre 1924 die Fleischindustrie in Altona als zu klein erwies. Die Geschäftsleitung der Großverkaufsgesellschaft mußte sich schon seit längerer Zeit damit beschäftigen, in welcher Weise der gesteigerten Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren Rechnung getragen werden könnte. Infolge der außerordentlich hohen Baukosten wurde der Plan eines Neubaus einer Fleischwarenfabrik zunächst zurückgestellt. Inzwischen wurde der Großverkaufsgesellschaft eine im Jahre 1923 erbaute, dicht vor den Toren Hamburgs in Eimsbüttel gelegene Fleischwarenfabrik zum Kauf angeboten. Das Angebot wurde zum Kauf. Bereits am 1. Oktober d. J. konnte die Fleischwarenfabrik übernommen und in Betrieb gesetzt werden. Die neue Fabrik liegt direkt im hofsteinischen Viehzeugsgebiet. Mit dem Erwerb dieser Fabrik dürfte die Großverkaufsgesellschaft einen weiteren Schritt zur Abfärgung des Weges zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher getan haben. Das erforderliche Rohmaterial kann unter Umständen direkt vom Erzeuger in die Fleischwarenfabrik der Großverkaufsgesellschaft geliefert werden und dort zu den verschiedenen Fleischwaren verarbeitet und direkt durch die Konsumvereine an die Verbraucher geliefert werden.

Das erworbene Grundstück umfaßt etwa 3000 Quadratmeter, von denen etwa 2000 Quadratmeter bebaut sind. In nördlicher Richtung stehen für die Fabrikation von Fleischwaren rund 2000 Quadratmeter zur Verfügung. Die Leistungsfähigkeit dieser Fabrik beträgt wöchentlich 40000 Kilogramm Wurstwaren. Besonderer Wert soll auf die Fabrikation einer billigen Konsumware gelegt werden, die trotz des billigen Preises in einer einwandfreien und guten Qualität schneidet und haltbar geliebert werden soll. Die bisherige Entwicklung der Fleischereibetriebe der Großverkaufsgesellschaft beweist, daß die Genossenschaften sehr wohl in der Lage sind, auch dieses schwierige Gebiet zu meistern, wenn die zweckmäßigen Fabrikationseinrichtungen vorhanden sind und wenn sie über Personal verfügen, das zur Leitung dieser Betriebe unbedingt erforderlich ist.

Die Fusion im Anilinkonzern. Die Aufsichtsratsitzungen innerhalb des Anilinkonzerns, die sich mit der definitiven Fusion der Gesellschaften befassen werden, werden laut „B.Z.“ Ende Oktober stattfinden. Die Generalversammlungen werden dann einen Monat später einberufen.

Ein Morgan-Kredit für Oesterreich. Die österreichische Bundesregierung hat mit dem amerikanischen Bankhause Morgan und Co. einen Anleihevertrag über fünf Millionen Dollars unterzeichnet.

## Aus der Partei.

Die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien hat mehrere ihrer riesigen Volkswohngebäude nach verdienten Vorbildern der Partei benannt: den Laiballe-Hof, den Reumann-Hof nach dem ersten parteigenössigen Bürgermeister und den Winarski-Hof nach dem vor zehn Jahren noch jung verstorbenen Redner und Organistator.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Heinz Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Göttern; Revolution: R. A. Böcher; Soziales und Sozialismus: Aris Rastbach; Anzeigen: Ed. Gleditsch; in Berlin: Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Sander u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Platz 1, Berlin.

**UNION**

**Kredit an Jedermann**  
bis zu  
**12 Monaten**  
bei ganz geringer Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, weiße und bunte Kissen, Kleider-Schränke, Vertikows, engl. und Metallbetten, Sofas, Ruhebett usw.

Fahrgeld wird vergütet

**Möbel- u. Waren-Kredit-Haus**  
**UNION G. m. b. H.**  
Berlin N., Elsassstr. 39 (a. Oranienb. Tor)

„Eine wird schon passen“ „Mäßenfertigung“ „Einer wird schon passen“

„Angenehmer und gute Kleidung haben einen Punkt gemeinsam: Sie befriedigen dem Kunden nur dann wirklich, wenn Sie individuell und inebegreifbar angepasst sind!“

Vollständige optische Sehstärkeprüfung mit neuesten Apparaten, sowie Garantie für völlige Zufriedenstellung sind im Preise einbezogen. Größte Auswahl! Liefer. 2. Krankenkassen billige Preise! Narkosefrei . . . von 1,75 an | Ra. bew. Silber pro Paar v. 1,09 an | Zeiss' Patent-Glasbrillen

**Max Trusch** Staatl. gepr. Optiker-Meister  
Berlin SO 26, Dresdener Straße 131 (Kottbusser Tor)

Siegmond Flatows  
**„FLORA“**  
Schöneberg, Hauptstraße 144  
Täglich 8 Uhr

**= 11 erstklassige =**  
**Varleté-Attraktionen**

Vollständiges Preisverzeichnis  
Sonntags 4 Uhr: Kleine Preise.  
Alle 15 Tage neues Programm.

**Korbmöbel**

eigener Herstellungs- und geübter Ausführungen kaufen Sie bei gr. Auswahl vorrätig u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus  
**Edmund Vogt**  
Neubölln, Berlin Str. 14, Nähe Hermannplatz.  
Tel. Köpenick 2254, 74-tägige Lieferung.

**Stein der Weisen**  
Die ideale Nagelpflege  
überall erhältlich

**KOPP & JOSEPH**  
BERLIN W.

**Sind Sie krank?**

So beachten Sie unsere, an 500.000 Berliner Familien gratis zur Abklärung gelangende 80 Seiten starke Broschüre:

**Herbakalaja,**  
eine neue Richtung in der Heilkunst.

Das Buchlein ist in kranken und gesunden Tagen ein Hauschatz für jede Familie. Machen Sie einen Versuch mit den durch Ihre auffällige Wirkung schnell bekannt gewordenen

**Herbakalaja-Tabletten,**  
der erfolgreichsten biochemischen Kräuterheilmethode. Erhältlich in allen Apotheken, wo nicht, erfolgt Nachweis durch uns.

**Herbakalaja-**  
Heilmittel-Vertriebs-G. m. b. H.,  
Linkstr. 11, V. : Telefon: Lützow 63, Oliva 699.

**Gardinen**  
Sonderangebote • Gelegenl. - Käufe  
in Resten  
Stores, Gattinchen, Madras und Kaschmirgarnituren.  
Neukölln, Bergstr. 57

**Küchen**  
Riesen-Auswahl, enorm preiswert!

Archie-Ecke Early	85 x 130 cm
Archie-Ecke Marie	95 x 150 cm
Archie-Ecke Emma	150 x 215 cm
Edelholz-Ecke	95 x 130 cm

**Nähenmöbel-Fabrik**  
**Laserstein, Luckauer Straße 1**  
Ecke Oranienstr., nahe Marienplatz

**Besonders** wirksam sind die kleinen Anzeigen  
Gemeinl. Auflage 1/2

Bei der „Volkspartei“.

Eine Aufklärungsrevue für das Berliner Volk.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltete am Montag abend in den Kammerjolen, Teltower Straße, eine Wahlversammlung, die überaus stürmisch verlief und in der es zu so unerhörten Uebergriffen des Versammlungsleiters und Spitzenlandtagsreferenten kam, daß die maßlose Heberveranstaltung unter dem Eingreifen der Schutzpolizei zu Ende ging.

Der erste Redner, der Stadtverordnete Rindhardt, ließ des rapide zunehmenden Syndikus in gehobener Stellung, wurde, anscheinend aus Verger darüber, daß von den Besuchern dieser Veranstaltung mindestens 75 Proz. Gegner waren, nach anfänglicher Mäßigung unglücklich ausfallend. Von einiger Heiterkeit war die Behandlung seines Themas: „Sünden und Verdienste der Stadtverordnetenversammlung.“ Er redete viel und im schlechtesten Kolossalstil und wartete dann mit einem politischen Bonmot ganz bester Art auf: „Diese Regierung sei besser, weil sie es eben verstände, fern demokratischer Knochenweichung, anders und menschlicher mit dem Gegner zu partiiieren.“ Dieser viel belachte Scherz war die Duerriere zu weitaus größeren Geschäften. „Die Korruption ist riesig geworden.“ (Stürmisches Sehr richtig!) „Die Barmat, Hellmann, Scheidemann...“ (Stufe: Jigewin, Spritweber, Bruch...)

Dann kam Herr Heidenreich, der sehr lebhaft mit den Händen und in einem seltsamen Jargon durch die Nase sprach. Dieser melodische Herr hielt sich ebenlowenig an sein Thema „Angeklagte und Beamtensfragen“ wie der Vorredner. Er murmelte etwas von „demokratischer Knochenweichung“, der Volksfreundlichkeit des Kapitals (Heiterkeit), „seiner aufbauenden Wirkung im Interesse des deutschen Volkes.“ (Steigende Vergnügen auf der ganzen Linie.) Nun begann eine Diskussion. Stürmisches Beifall fanden die Jugendgenossen Frix und Vogel, die mit den Geschwollenheiten der volksparteilichen Stimmenführung abrechneten und auf die Jollmücherpraktiken dieser engselbstigen Humanisten hinwiesen. Es sprach noch der Redaktor Winterberg, der Stürmische Töne anschlug, Professor Volkhoff von derselben Fakultät, Herr Lewin und ein anderer Herr von den Demokraten. (Es hatte eine zweite Rednergarnitur eingesetzt.) Dann trat ein Lämmel auf, der sich „nationaler Arbeiter“ nannte und es wagte, das deutsche wertvolle Volk aus gemeinlich zu beschimpfen. Den minutenlangen Tumult, den diese freche Provokation hervorrief, steigerte der vorliegende Feldweibel noch mit eindeutigen Drohungen. Schließlich sprach auch Herr Dr. Hjalz mit einer unmaßgeblich-schnoddrigen Großzügigkeit, suchte die Schlafenden zu belehren, versicherte den Versammelten, daß „Hosen und Hals an ihnen verloren sei“, und reagierte auf einen Zwischenruf, indem er versicherte, daß sie (die Volksparteiler) den anderen (den Roten) eine kräftige in die Fresse hauen würden. Nach diesen Viehlichkeiten gab es neuen Värm und Dr. Hjalz schrie den anwesenden Gegnern zu, sie sollten sich heraus und zum Teufel scheren. „Auch seine Engelsgebild“ könne ein Ende haben. Da stürzte sich plötzlich der stellvertretende Vorsitzende, Herr Chefredakteur Dr. Hilsberg, Berlin, Tempelhofer Ufer 1a, auf das Publikum und fing, freibrot vor Wut, richtiggehend zu prügeln an. Schutzpolizei kommt in den Saal gestürmt, verhaftet den Verprügelten und zwei andere Leute, nimmt aber später auch den Herrn Vorsitzenden fest und bringt ihn in Begleitung von drei Polizisten zur Wache. Nach diesen erhebenden Vorfällen lief die Versammlung auseinander.

„Ueberparteilichkeit.“

Was die Rechte darunter versteht.

Nichts wird der Sozialdemokratie von den bürgerlichen, insbesondere den Rechtsparteien zum schwereren Vorwurf gemacht, als daß sie es gewagt habe, den Magistrat mit Männern ihres Vertrauens zu besetzen, sobald sie nach der Revolution die Möglichkeit dazu erlangt hatte. Die Mitglieder des Magistrats wie die städtischen Beamten überhaupt mußten über den Parteien stehen und dürften in ihrem Wirken nicht abhängig sein von der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Doch bis zur Revolution niemand, der auch nur irgendwie freihändlerischer Gesinnung verdächtig war. Nachmächtler werden durfte, daß der gesamte Beamtenapparat damals sich in straffster Abhängigkeit von der konservativen Partei befand, daß auch heute die Benede und sonstige bürgerliche Mitglieder des Magistrats in ihrem Tun und Lassen sich in erster Reihe parteipolitisch orientieren, das alles kümmert die Herrschaften nicht. Die schönen überparteilichen Grundsätze werden seltener immer nur für die anderen, d. h. für die Sozialdemokraten aufgestellt. Heiligen Eifers voll beschränkt in einem langen Artikel eines Berliner Rechtsblattes der Führer der Reaktion im Rathaus, der volksparteiliche Stadtverordnete v. Cagnern, seine Klassengenossen, doch die uneligierte Parteierspaltung aufzugeben und sich zusammenschließen, weil sonst „eine etwa kommende sozialistische Mehrheit sofort die Gelegenheit zur Beilegung ihrer personalpolitischen Begabung finden würde.“

Solchen Anschauungen gegenüber sei die Meinung eines Mannes angeführt, der allerdings mit den heutigen Cagnern, Koch, Caspary und Konjoren nicht in einem Atem genannt werden darf, und der zu einer Zeit, als niemand noch die heutige Entwicklung voraussehen konnte, an maßgebender Stelle genau die entgegengesetzten Ansichten vertrat. Der preußische Staatsrat Wilhelm v. Humboldt schrieb 1819 in einer Denkschrift über eine die Kommunitarische einschränkende königliche Kabinettsorder: „Die Abhängigkeit der städtischen Beamten von der öffentlichen Meinung und den Gesinnungen in ihrer Gemeinde ist gerade etwas, das erhalten, nicht unterdrückt werden muß. Es liegt darin und in dem engen Zusammenhang der Bürger mit ihren Vorstehern das Instinktive einer Munizipalverfassung, und wenn man eine solche dem Wesen und der Tat nach tadeln will (sonst ist es besser, ganz darauf Verzicht zu leisten), so muß man das nicht gering einschätzen.“

Die Wähler und Wählerinnen Berlins werden durch ihre Stimmabgabe am 23. Oktober zeigen, daß sie im Rathaus eine sozialdemokratische Fraktion zu haben wünschen, die in der Lage ist, nicht nur „personalpolitisch“, sondern auf allen Gebieten gemeindlicher Tätigkeit das durchzuführen, was im Interesse der wertvollen Bevölkerung gelegen ist.

Ueberlassung von öffentlichen Schulräumen.

Nach zwei heissen Anfragen im Preussischen Landtag, die sich in zwei Einzelbüchern über die Ueberlassung bzw. Nichtüberlassung von öffentlichen Schulräumen an Kommunitarische beschwerten, antwortet, dem Amstlichen Preussischen Presseamt zufolge, der Unterrichtsminister, daß nach seinem vom Staats-

ministerium gebilligten Minderlaß vom 20. Januar 1920 die Ueberlassung von Schulräumen an Persönlichkeiten oder Verbände, die eine Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse auf anderem als gewöhnlichem Wege erstreben, grundsätzlich ausgeschlossen ist. Das Verbot gilt allgemein und ist nicht als eine Sondermaßnahme gegen die Kommunistische Partei anzusehen. Der Erlaß ist den Provinzialschulkollegien und Regierungen sowie den Schulleitungen in Erinnerung gebracht worden.

Ein Film für die Frauen.

Zur Werbung für die Konsumgenossenschaft.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung ist bereits die größte Verbraucherorganisation im Deutschen Reich. Es entspricht dem Genossenschaftsgedanken, daß sie immer weitere Kreise der Verbraucherschaft zu erobern sucht. Das wirksamste und erfolgreichste Werbemittel der Konsumgenossenschaft war, ist und bleibt die Güte ihrer Waren, mit der sie jeden Wettbewerb auszuhalten vermag. Um aber Beachtung auch bei denen zu finden, die in Unkenntnis ihrer Leistungen ihr noch fernstehen, muß sie sich auch der modernen Reklame bedienen. Jetzt hat sie einen Werbefilm „Unser Konsum“ herausgebracht, der von der Deulig-Film-K.G. hergestellt ist. Am Sonntag rollte er

Frauen Berlins!

Die Sozialdemokratie hat Euch nach der Revolution das gleiche Wahlrecht wie den Männern erobert. Sie hat Euch die volle Gleichberechtigung gesichert.

Auf Euch spekulieren die Feinde der Volkfreiheit und des Fortschritts, die Rechtsparteien.

Wollt Ihr, daß die Berliner Schulen zu mustergültigen Anstalten für Eure Kinder ausgebaut werden, wollt Ihr, daß für die Bedürftigen Berlins eine wirkliche soziale Wohlfahrtspflege betrieben wird, wollt Ihr Arbeit und Brot für das schaffende Volk, Freiheit im Innern und Frieden nach außen, dann wählt nicht die monarchistischen Kriegerheer,

wählt die Verteidiger der Frauenrechte!

Wählt Sozialdemokraten!

zum ersten Male ab vor einer aus geladenen Gästen zusammengefügten Zuschauerschaft, die den Saal des Drapheums in der Hafenhöhe bis auf den letzten Platz füllte.

Der Film gewährt sehr lehrreiche Einblicke in die einzelnen Abteilungen des ins Riesenhafte gewachsenen Unternehmens der Konsumgenossenschaft, die jetzt 152000 Mitglieder hat und die Kopfzahl der angeschlossenen Haushaltungen auf 500000 schätzen darf. Klein kennen aus eigenen Besuchen die gewaltigen Anlagen in Lichtenberg, aber auch der Film gibt nun ihnen ein überaus anschauliches Bild, das wir mühevoll betrachten. Er zeigt uns die Anlieferung und Lagerung der Rohstoffe und Waren, führt uns durch die Vorratsräume, durch Mehlböden und Butterkeller, läßt uns zuschauen bei den Arbeiten der eigenen Produktivbetriebe, der Brot- und Kuchenbäckerei, der Anfertigung von Weihnachtsgebäck, der Seilermaschinen- und Limonadenfabrikation, der Kaffeerösterei, der Eisfabrikation, der eigenen Wäscherei, der Reparaturwerkstätten. Ueberall hat die Konsumgenossenschaft sich die neuesten technischen Einrichtungen nutzbar gemacht, die zur Verbildigung beitragen und in den Nahrungsmittelzweigen die weitestgehende Sauberkeit ermöglichen. Doch alle Maschinen in Betrieb gezeigt werden, versteht sich bei einem Film von selber. Ein Wunderwerk ist die in der Kaffeerösterei verwendete Maschine, die Lüten ansetzt, Kaffeemengen abwägt, die Lüten damit füllt, sie schließt und zulässt. In jeder Stunde kann sie 1500 fertige Packungen liefern. Der Film führt uns auch in die Verkaufsstellen, an die das Lichtenberger Zentrallager wöchentlich Waren im Gesamtwert von 1 Million Pfund durch die Autos liefert. Er läßt uns schließlich auch die eigenen Warenhäuser der Konsumgenossenschaft durchwandern, von denen jetzt bereits fünf bestehen und sich gut entwickeln haben.

Dieser Werbefilm unserer Konsumgenossenschaft, die von der Berliner Arbeiterschaft aus dem Reich in mühevoller Arbeit geschaffen wurde, ist vornehmlich ein Film für die Frauen. Ihnen sei er besonders zur Beachtung empfohlen. Er soll später öffentlich gezeigt werden.

Republikanische Tage in Teltow und Hennigsdorf.

In dem festlich geschmückten Städtchen Teltow fand am letzten Sonnabend und Sonntag ein großer republikanischer Tag statt. Am Sonnabend bewegte sich gegen 8 Uhr abends ein Fackelzug, der etwa 500 Teilnehmer hatte, durch die Straßen der Stadt. Auf dem Marktplatz hielt Kamerad Frankel eine Ansprache. Sonntag vormittag begann der Aufmarsch der einzelnen Kameradschaften, die in Stärke von 12000 Mann teilnahm. Der große Zug bewegte sich mit zwei Kapellen nochmals durch die Stadt zum Festplatz, wo er durch den Vorsitzenden, Kamerad Hebrade, in einer kurzen Ansprache begrüßt wurde. Die Begrüßung für die Stadt Teltow nahm der Bürgermeister Oberreich vor. In seinen Ausführungen betonte er, daß Teltow von jeher von republikanischen Geistes befeelt war und dieser Geist drücke sich auch in der Benennung einiger Straßen der Stadt aus. Sie hat eine Walter-Rathenau- und eine Friedrich-Ebert-Straße und ihre jegliche Aufgabe wird es sein, eine Straße nach dem Schöpfer der Reichsverfassung Hugo Preuß-Straße zu benennen. Die Festrede wurde vom Genossen Ministerpräsident a. D. Stellung gehalten. Ausgehend von dem Augustaner-Standal am letzten Sonntag, verlangte er, daß sich jene arbeitlosen Generale auch ihre Pensionen von dem Herrn in Doorn zahlen lassen sollten. Die mehr als drei Millionen Reichsbannerkameraden verlangten, daß jene Herren vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden. Auf die Urteile in Striegau und Grevesmühlen kommend, erklärte Genosse Stellung, daß wir Republikaner zu vielen unserer Richter kein Vertrauen mehr haben. Das Reichsbanner wird gegen jene Ungerechtigkeiten mit aller Schärfe ständig seine Stimme erheben, und wenn die Republikaner einzeln und geschlossen sind, wird der Sieg in Kürze an die schwarzrotgoldenen Fahnen gehen. Als letzter Redner sprach Genosse Schneider vom Genossenschaft, der würdig der Toten des Krieges und der Republik gedachte. Die Fahnen senkten sich und die Kapelle spielte das Lied „Ich halt' einen Kameraden“. Mit einem nochmaligen Hoch wurde die Feier beendet.

Das Erfreuliche an der großen republikanischen Organisation des Reichsbanners ist seine Werbung für die Republik auf dem Lande. Das zeigte sich bei der Bannerweihe der erst vor knapp zwei Monaten gegründeten Ortsgruppe Hennigsdorf, die am Sonntag stattfand. Das republikanische Fest verlief würdig. Der Ort hatte regsten Anteil an der Veranstaltung genommen. Selbst die sonst noch schüchternen Geschäftsleute hatten ihre Böden geschmückt. Das Beachtenswerte war die eigentliche Feier, bei der sich ein Mitglied des Landratsamtes und ein Angehöriger der Gemeindeverwaltung, der gleichzeitig Polizeikommissar war, entschieden für die Republik einsetzten. Sie erklärten freudig, Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu sein und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß auch die anderen von der Republik befreiten Beamten dies baldigst tun sollten. Der

Umgang durch den Ort verlief unter starker Beteiligung auswärtiger Reichsbannerkameraden sehr gut. Das Fest hinterließ bei allen Teilnehmern und auch bei der Bevölkerung den besten Eindruck.

Die Siedlungsaufgaben der Gegenwart.

Die Vereinigung „Deutsches Archiv für Siedlungswesen“ E. L. veranstaltete vom 19. bis 25. Oktober, zugleich als Feier des 10jährigen Bestehens des Archivs im Ministerium für Volkswohlfahrt in der Leipziger Straße, eine Vortragsreihe, in der vom Leiter des Archivs, Regierungsbaumeister a. D. Gustav Langen, das neuzeitliche Siedlungswesen und die Siedlungsaufgaben der Gegenwart in eingehender Weise behandelt wurden. In der ersten Veranstaltung sprach der Redner zunächst allgemein über den Stand der gegenwärtigen Verhältnisse. Er ging davon aus, daß die Gefahr des Siedlungswesens lange Zeit war, daß aus der Liebe zur Form Formalismus wurde, eine Gefahr, die auch heute noch nicht ganz überwunden wäre. Es fehlt der sogenannte „Bauberrn-gedanke“. Man hat jetzt immer noch große Mühe damit, den Genossenschaftsgedanken auf dem breiten Lande in der notwendigen Weise zu fördern. Wir stehen vor dem Problem, mehr Menschen als bisher selbst zu ernähren. Es gilt vor allem, die Frage Siedlung oder Sammelsiedlung zweckmäßig nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu beantworten. Es scheint, daß aus Wasser- und Lichterforzung, Verkehrs-Belehrungs- und vielen anderen Gründen die intensive Sammelsiedlung die empfehlenswertere Möglichkeit ist. Auch vom Produktions- und vom kulturpolitischen Standpunkt aus erscheint sie als die überlegene Form. Wir haben heute rein technisch die Möglichkeit, die vorhandenen Unterauslagen zu erweitern (Siedlbahnen) und das weitere Hinterland zu erschließen. Aber vor allem ist mehr Aufklärung in landwirtschaftlichen Winterschulen notwendig mehr Wirtschaftsbildung und schließlich die Errichtung von Beispielsiedlungen. Durch eine Reihe verschiedener Wirtschaftstypen sind bei den Dörfern auch eine Reihe von Sozialtypen gegeben. Wir müssen das Dorf selbstbewusster machen, es muß ein gepflegtes, lebensvolles Gebilde und außerdem auch eine schöne Erholungsstätte für die Bevölkerung der Städte sein. Das alles sind keineswegs utopische Gedanken, vielmehr hat jeder von ihnen schon irgendwie bewährte Verwirklichung erfahren.

Aus der Diskussion sind vor allem die Ausführungen des Landtagsabgeordneten Reinecke erwähnenswert. Er wies darauf hin, daß der Staat vor der großen Aufgabe stehe, sich auf den Bau von nicht weniger als 2 Millionen Wohnungen einzurichten; wo, so lautet jetzt die Frage, sollen sie hingelegt werden? Jahrzehnte lang zogen die Massen vom Osten nach dem Westen, nun muß der Osten wieder auf die alle entsprechende d. h. Kulturhöhe gebracht werden. Wichtig ist vor allem, daß die Landbevölkerung auch im Winter auf dem Lande durch geeignete Beschäftigung festgehalten wird. Die Fortsetzung des interessanten Vortrags, dessen Besuch jedem irgendwie Interessierten seiner reinen Sachlichkeit wegen empfohlen werden kann, findet am Dienstag nachmittags um 5 Uhr statt. Referenten: Regierungsbaumeister a. D. Langen spricht über „Die Kleinstädte“.

Nächtlicher Raubüberfall in der Wohnung.

Ein wohlvorbereiteter Raubüberfall wurde in der vergangenen Nacht in der Bayreuther Straße 21 zu Charlottenburg verübt. Hier wohnte im hohen Erdgeschoß die Schauspielerin Varnikow. Während sie gestern abend im Theater beschäftigt war, wurde ihre Stube in der Wohnung durch den Fernsprecher ange-rufen. Ein Mann teilte mit, daß er in späterer Stunde noch mit einem Paket kommen werde, das er für die Schauspielerin abzugeben habe. Um 11 1/2 Uhr erschien dann auch der Unbekannte mit dem Paket und Klingel. Sobald die Stube, die nichts Böses ahnte, öffnete, verlangte er eine Empfangsbekräftigung, trat in die Wohnung ein und machte die Tür hinter sich zu. Gleich darauf zog er einen Revolver aus der Tasche, steckte dem Mädchen mit dem Rasen einen heftigen Schlag in das Kreuz und drohte ihm mit Erschießen, falls es sich nicht ruhig verhalte.

Mit vorgehaltenem Revolver zwang er die Stube, ihn durch alle Räume der Schauspielerin zu führen und öffnete deren Bekämmerung mit den Schlüsseln, die ihm das Mädchen ausfindig machen mußte. Diefem erklärte er immer wieder, daß er ihm nichts tun werde, wenn es sich nur ruhig verhalte. Nach Durchsuchung der Räume und der Bekämmerung, bei der er 1500 M. erbeutete, schleppte er die Stube mit der einen Hand in ihre Kammer, während er mit der anderen den Revolver hielt. In der Kammer fesselte er sie an Händen und Füßen, hand sie an das Bett und steckte ihr einen Rasen in den Mund. Dann ging er hinaus, ließ sich von dem Pförtner, der nichts ahnte, weil die Ueberfallene nicht um Hilfe zu rufen wagte, ausschließen und verschwand mit der Beute. Der Stube gelang es jetzt, sich zu befreien.

Woll sie fürchtete, daß der Räuber noch in der Wohnung sei und vielleicht auf dem Flur auch noch Helfershelfer habe, so lief sie auf den Balkon hinaus und sprang hinab. Mit einem gedachten Fein blieb sie unten liegen. Ihre Hilferufe alarmierten jetzt die Hausbewohner, die dann die Kriminalpolizei benachrichtigten. Der Täter wird geschloß als ein Mann im mittleren Jahren, der einen grauen Anzug und eine große Hornbrille trug. Auf dem linken Bein soll er etwas lahmen.

Die gekloebene Diana. Bei einem Einbruch in das Paulsbausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof ist die in Messing ausgeführte Plastik „Diana“ des Berliner Bildhauers Rudolf Kropf entwendet worden. Die Statue ist 40 Zentimeter hoch und stellt die Göttin mit einem springenden Hund dar. Nachrichten über das Wiederfinden des Wertes werden an das Aufstellungssekretariat oder an die Kriminalpolizei erbeten.

Zweite Preussische Polizeiwache 1925 in Berlin. Die Verwaltungsakademie in Berlin veranstaltete vom 2. bis 7. November d. J. in den Hörsälen der Berliner Universität die „II. Preussische Polizeiwache 1925“, in der durch Vorträge in knapper wissenschaftlicher Form ein Ueberblick über den neuesten Stand wichtiger gesetzlicher und Verwaltungsmassnahmen geboten und durch deren Erläuterung auf gesteigerte Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung hingewirkt werden soll. Der Minister des Innern hält, dem Amstlichen Preussischen Presseamt zufolge, eine zahlreiche Beteiligung der Beamtenchaft der Polizei und Landjägerei für im dienstlichen Interesse überaus wünschenswert und erklärt sich damit einverstanden, daß diesen teilnehmenden Beamten, soweit es dienstlich irgend angängig ist, Sonderurlaub für diesen Zweck gewährt wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. 10. Der Jahrestag für die Bezirke 574-577 findet nicht heute, Dienstag, sondern morgen, Mittwoch, in der Bornholmer Str. 60 statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Wilhelm Delegh ist das kleine Kaufhaus in Schönberg. Zurzeit wird an dem Gebäude ein Erweiterungsbau vorgenommen, der die Verkaufs-räume wesentlich vergrößert, um ihn den ständig an der wachsenden Kundenzahl angelegentlich einzuweisen zu können. Durch den Abbruch-entwurf ist eine sehr günstige Bauzeitung nach kurzem Zeit abgeben, da sich die Bau-maßnahme ganz wesentlich unter den heutigen Tagespreisen bewegen. Die Ver-kaufung auf die heutige Straße.

